

Nicht jeder hat eine Lok oder einen Traktor, um zu protestieren

Verheißt das Jahr 2024 nur denen Aufmerksamkeit, die das öffentliche Leben lahmlegen können?

Was erwartet uns in diesem Jahr? Wird es stürmisch, gibt es Stagnation, streiten und streiken die Politiker, Lobbyisten, die Gewerkschaften, die Ärzte und sonstige Gruppierungen wie gehabt?

Das Jahr 2023 hat uns einmal mehr gelehrt, was in Deutschland möglich ist. Wer nun dachte, wir kommen mit dem Jahreswechsel zur Vernunft, es kann nicht schlimmer werden, sieht sich einem Irrtum unterlegen. Kaum waren die Silvesterböller verglüht und verstummt, blockierten die Traktorkolonnen die Autobahnauffahrten und die Bundesstraßen. Im *Gegenzug* legte die Gewerkschaft der Lokomotivführer den Eisenbahnverkehr lahm, machten Teile der Arztpraxen dicht und flatterten gepfefferte Jahresabrechnungen für Heizung und Strom in die Briefkästen. In den Nachrichten und Talk-Sendungen wird weiter intensiv über die Einführung der vier-Tage-Arbeitswoche bei möglichst noch mehr Lohn und Gehalt diskutiert. Niemand will mehr so richtig arbeiten, alle wollen mehr Geld, und wer es irgendwie hinkriegt, geht mit Anfang sechzig bei vollem Rentenanspruch in den Ruhestand, er oder sie absolviert am besten zuvor noch das wohlverdiente „Sabbatjahr“, um das Leben nachher noch viele Jahrzehnte bei bester Gesundheit zu genießen. Der Staat zahlt alles.

Man kann wahrlich nicht behaupten, dass eine derartige Bestandsaufnahme aus der Luft gegriffen oder auch nur übertrieben ist. Unse-

re Gesellschaft ist in keinem guten Zustand. Der kollektive Egoismus hat auffallend um sich gegriffen. Was wir auf den Straßen erleben (und auf den Schienen nicht), geht vor allem zu Lasten jener Menschen, die nicht über die Mittel verfügen, durch die sie derzeit öffentlich tyrannisiert werden. Mindestrentenempfänger beispielsweise haben keinen Traktor, sie gehören keiner großsprecherischen Gewerkschaft an, und wenn sie eine Woche lang nicht essen, nicht heizen und mit niemandem sprechen, merkt das vielleicht nicht mal jemand.

2024
Was können wir
erwarten?

Auch Kleinunternehmer, Fahrradkurier oder Aushilfskräfte in der Gastronomie sind auf sich gestellt. Sie alle sind auch keine Abgeordneten, die sich per Beschluss das Einkommen erhöhen, weil das bisherige nicht mehr angemessen ist. Die Solidarität und die Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft lassen sehr zu wünschen übrig. Mag sein, dass insgesamt die Lebensverhältnisse schlechter geworden sind und es uns nicht so gutgeht wie vor Jahren noch, und mögen die Forderungen der unterschiedlichen Gruppierungen sogar berechtigt sein, so ist

es ein reichlich schlechter Stil, sich auf Kosten und zu Lasten der übrigen Bevölkerung derart unverschämt zu inszenieren.

Am Ende bleibt auch wieder die Frage, was die SED-Opfer in diesem Jahr zu erwarten haben. Wer eine Antwort darauf sucht, dem seien die Seiten vier bis zehn dieser Freiheitsglocke-Ausgabe empfohlen. Hier findet sich das Interview mit der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag. Demnach sieht es nicht so schlecht aus, und die Abgeordneten des Bundestags haben also doch vor, ihre Versprechen aus den Wahlprüfsteinen und die Festlegungen im Koalitionsvertrag einzulösen. Sicher wäre es hilfreich gewesen, man hätte die Basis stärker einbezogen und uns rundum mit aktuellen Informationen versorgt. Es hätte alles in allem eine bessere Stimmung erzeugt. Andererseits, wenn es zu spürbaren Verbesserungen kommen soll – nur solche sind akzeptabel – ist für uns ehemalige politische Häftlinge viel erreicht, und das Jahr 2024 nimmt trotz Streiks und Blockaden doch keinen ausgesprochen negativen Verlauf. *B.Thonn / H. Diederich*

Glückwünsche gehen an unsere „runden“ Geburtstagskinder: Detlef von Dechend ist 80 Jahre geworden, und der Bundesvorsitzende Hugo Diederich hat in der ersten Januar-Dekade sein 70. Lebensjahrzehnt vollendet. Wir wünschen Gesundheit und Schaffenskraft für die VOS.

Das Jahr hat begonnen, bei Auslieferung dieser Fg haben wir bereits einen erheblichen Teil davon hinter uns. Ich möchte dennoch die erfreulichen Dinge, die wir bereits im Januar erlebten, aufführen: Unser Kamerad Detlef von Dechend wurde 80, der Bundesvorsitzende Hugo Diederich erlebte seinen 70. Geburtstag, Christine Härtkorn ist 96 geworden. Alle drei sind super fit und dürften in der VOS hoffentlich noch lange aktiv sein. Das ist wichtig, denn dieses Jahr 2024 wird bzw. ist kein einfaches Jahr. Es ist für uns alle die Frage, ob nun endlich eine Entscheidung zur Verbesserung der Opferrente fällt oder ob wir weiter das Nachsehen haben werden.

Wir haben in dieser Ausgabe ein sehr ausführliches Interview mit der Bundesbeauftragten für die SED-Opfer. Ich habe für die Fragen zunächst alles aufbereitet, was uns bewegt und worauf wir Antworten haben möchten. Dabei sind die Themen Opferrente, Zwangsarbeit in der Haft und Rentenbetrug sehr gründlich abgearbeitet worden. Die Antworten, die Frau Zupke gegeben hat, sind in jedem Fall so, dass sie klare Aussagen zum Stand der Bearbeitung unserer Forderungen treffen. Zugleich wissen wir nun einmal mehr, dass die Opferbeauftragte und ihre Mitarbeiter – Herr Baumgart als Referent und Herr Schwiderski als Büroleiter – zu einhundert Prozent auf unsere Seite stehen und unsere Interessen voll vertreten. Das Interview gibt zudem einen Einblick in die Arbeit der Bundesbeauftragten und stellt sie als durchaus sympathische Person im Alltag dar. Wir als SED-Opfer werden nun erfahren, was das Jahr 2024 bringt, ob der Koalitionsvertrag, der eine Verbesserung unserer Situation beinhaltet, umgesetzt wird. Ich persönlich bin zuversichtlich, ich glaube auch, dass mit dem zu erwartenden Rückblick auf die Gründung der DDR im Oktober 1949 noch einmal ein Schub durch die Medien und die Arbeit ansetzen wird. Damit haben auch wir als einst unfreiwillig in die DDR hinein Geborene die Gelegenheit, über die Wege, die wir einzeln oder als gesamte Bevölkerungsschicht gegangen sind, auf uns und

unsere Nöte aufmerksam zu machen. Ganz sicher wird auch Frau Zupke mit ihrem Team das Thema aufgreifen, zumal es sich für die Argumentation hinsichtlich Opferrente und Rentenunrecht anbietet.

Dieses Jahr 2024 hat im Übrigen bereits so turbulent begonnen, dass wir als ehemalige politische Häftlinge nur noch als Randerscheinung wahrgenommen werden. Leider können wir uns nicht anders als in unseren Briefen, Artikeln und Reden bei Gedenkfeiern bemerkbar machen.

Auf ein Wort des Redakteurs

Wir haben nicht die Möglichkeit, durch Traktoren-Aufmärsche oder Lokomotiven-Stillstand das Land lahmzulegen und zu drohen, dass wir das jederzeit wieder – und dies noch kompromissloser – tun werden. Es ist dabei völlig unerheblich, dass durch unseren Widerstand und durch die großen von uns erlittenen Opfer überhaupt die Wiedervereinigung vorbereitet und damit die Voraussetzungen für ein landesweites Streikrecht geschaffen worden sind. Hätten wir jetzt noch die SED-Diktatur, wären die Streikinitiatoren unsere Zellenachbarn geworden. In der DDR galt: Ihr seid Angehörige der Arbeiter- oder Bauernklasse, ihr seid der Staat, euch gehören die Produktionsmittel – ihr könnt demnach nicht gegen euch selbst streiken, euch hat der Klassenfeind aufgehetzt.

Ich bin vermutlich nicht der Einzige, der immer mal eine Rückschau auf die DDR hält oder Vergleiche zieht. Ich möchte auch noch mal klarstellen: Der SED-Staat war eine Ausgeburt der Geschichte. Bei freien Wahlen wäre die Staatspartei kaum auf einen zweistelligen Stimmengewinn gekommen, und ohne das brutale Eingreifen des Sowjet-Militärs wäre die DDR bereits im Juni 1953 verschwunden. Egal, dass sich in den viereinhalb Jahrzehnt ihres Bestehens in dem kleinen Land viele eingerichtet und mitunter passabel gelebt haben, gibt es nichts, auf dessen Reanimierung

wir pochen sollten. Die Menschen hatten für den Staat zu leben und nicht der Staat für die Menschen. Darin liegt ein Grundzug im Unterschied zwischen einer Diktatur und einer demokratischen Staatsform. Wenn heute jemand sagt: „Mir ging es doch gut in der DDR, das habe ich dem Staat zu verdanken“, so kann man dem nicht zustimmen. Man war nicht frei, man wurde bespitzelt, man durfte seine Meinung nicht sagen, sofern sie von der Staatsdoktrin abwich. Frau Zupke hat in ihrem Interview darauf hingewiesen, sie selbst war in der Opposition, hat sich an Demonstrationen beteiligt und die Auflösung der Stasi gefordert.

Das alles heißt nicht, dass man auch im aktuellen System sehr viel aushalten und manche Demütigung wegstecken muss. Es ist daher unerlässlich, dass gerade wir als Opfer und Widerständler einer viel schwereren Zeit immer wieder Wahrheiten anmahnen. Wir sind Zeitzeugen, was wir berichten, hat einen unschätzbaren Wert.

Ich möchte als ein herausragendes Beispiel unseren Kameraden Wolfgang Lehmann aus Rimbach hervorheben. Er geht auf den 95. Geburtstag zu und ist unermüdlich, wenn es um die Arbeit mit jungen Menschen und die Schilderung seines persönlichen Schicksals wie auch das einer riesigen Opfergruppe geht. Nicht umsonst wird Kamerad Lehmann in den Medien immer wieder genannt und bei seinen Auftritten in den Schulen mit großem Respekt und Bewunderung begrüßt. Wir, die wir „erst“ zwischen 60 und 80 sind, können uns daran ein Beispiel nehmen.

Andererseits zeigt die Arbeit in den Projekten, dass man als aktiver Zeitzeuge geistig und körperlich fit bleibt. Das Bewusstsein, dass wir durch die verlorenen Jahre vor und in der Haft manches nachzuholen haben, tut ein Übriges. Wir hatten und haben in der VOS geradezu traditionell Kameradinnen und Kameraden, die älter als 90 Jahre sind und die sich mit aktuellen und geschichtlichen Themen befassen. An ihnen und an dem, was wir alle geleistet und wofür wir gelitten haben, können wir uns orientieren.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr/euer Alexander Richter-Kariger*

AKTUELLES THEMA IN DIESER AUSGABE:

„Warum lassen die Abgeordneten die SED-Opfer im Stich?“

Interview mit der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur

Titelseite

Zwischen Aufruhr, Streiks und Chaos

Die ehemaligen politischen Häftlinge machen sich für 2024 Hoffnungen auf Verbesserungen

Redaktionsthema:

Selbstbewusstsein und Stolz stehen uns gut zu Gesicht

Warum wir unsere Zeitzeugen-Arbeit im neuen Jahr ausbauen sollen

2

Viele Fragen, viele Antworten – doch die Wichtigkeit der Themen ist für uns Betroffene unermesslich

Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag nimmt im Interview Stellung

4 – 10

Zeitzeuge und gern gesehener Gast am Gymnasium in Hagen

Der stellvertretende Bundesvorsitzende trifft auf Interesse und Zuspruch

10

Das MfS – wie konnte man derart schlecht darüber schreiben?

Auszug aus einem hohnsprechenden Gerichtsurteil von 1983

10

Die berührendsten Geschichten schreibt das Leben immer noch selbst

Wolfgang Lehmann (noch 94) berichtet über Haft und Wiedersehen

11

Bücher, Haftstrafen und endloser ideologischer Zwang:

Ziel war nicht die Würdigung der Opfer, sondern die Brauchbarkeit der Alt-Nazis für den SED-Staat

Bernd Lippmann über das Buch von Edmund Kabisch, in dem Nazi-Verbrechen und ihre Übernahme auf die DDR hinterfragt werden

12 - 14

Die Zahl und die Schwere der Schicksale reißen nicht ab

Der zehnte Band der VOS Sachsen wird im März in Leipzig vorgestellt

14

Literatur und Haft

In der DDR lebten intellektuelle Autoren von Anfang an gefährlich

15 – 16

RÜG: Die Benachteiligung existiert noch

Ein weiterer Versuch, ein neuer Adressat

16

Es geht um ein neues Vokabular, damit die Betroffenen rehabilitiert werden

Auch die westdeutsche Geschichtsschreibung machte aus Unschuldigen Nazis

17 – 18

Wir haben genug (von) Parteien. Oder?

Auch Werte-Union soll nachziehen

19

Mit der VOS fest verbunden

Runder Geburtstag des Bundesvorsitzenden Hugo Diederich

19

„Das hat richtig gutgetan! Nun hoffen wir auch auf eine bessere Opferrente“

Finanzspritze für SED-Opfer in Sachsen

19

Führung: Lern- und Gedenkort Kaß-

berg: Im März neuer Termin

20

News, Impressum

20

Rubriken:

Historisches Gerichtsurteil

6

Knastlexikon

8

Zitat, Veranstaltungen, Führung

14, 17, 20

Spendenbereitschaft ist erfreulich groß wie lange nicht

Gotthard Rammer, Günter Meise, Beate Rusch, Dr. Gernot Hundsdoerfer, Christoph Becke, Eckhard Weiner, Ingrid und Michael Faber, Ingolf Braungart, Uwe Lohse, Karin und Hartmut Trapp, Gabriela Reichel, Jörg Petzold, Helmut Heinz Weckschmied, Holker Thierfeld, Eckhard Mensebach, Friedrich Radochla, Rainer Homuth, Helmut Günther, Helge Olvermann, Bruno Niedzwetzki, Beate und Hans-Joachim Pürschel, Lutz Erler, Roland Ermer, Rainer Günzel, Klaus-Peter Ruck, Reinhard Klar, Detlef Watzlaweck, Barbara Kirchner-Roger, Gerd Wacker, Sabine Steckroth, Ingeborg Gericke, Dr. Herbert Pries, Karl-Günter Wehling, Wolfgang Altmann, Karl-Heinz Werner, Verena Della-Bella, Annemarie Krause, Barbara und Harald Beständig, Manfred Schulz, Eckehard Richter, Ingrid Arena, Klaus Feibig, Ferdinand Gesell, Roland Fiedler, Renate und Rolf Persich, Christoph Glaser, Jürgen Wolf, Dr. Ingrid und Klaus Muder, Henry Sobora, Martina und Uwe Rutkowski, Gabriele und Dr. Udo Heideklang, Friedhelm Stage, Hede Ehrlich, Peter Schlegel, Wolfgang Lehmann, Sven Rühlmann

Ein großer Danke allen Spendern.

Je stärker unsere Finanzen sind, um so stärker ist unser Verband

Bitte beachten:

Im nächsten Jahr würde die DDR 75 Jahre alt. Wer hat welche persönlichen Erinnerungen?

Für die Landesgruppen: In diesem Jahr 2024 findet die nächste Generalversammlung statt.

Persönliches:

Genesungswünsche gehen derzeit an unseren Kameraden Michael Teupel, der nach einem Zeitzeugen-Auftritt im Zuchthaus Brandenburg einen Unfall hatte. Gute und schnelle Besserung.

Danke an Christa und Wolfgang Graetz für die letzte kurze Zuschrift. Die Freiheitsglocke versucht weiterhin, unseren Interessen gerecht zu werden.

In dieser Ausgabe konnten wegen des langen Interviews nicht alle eingegangenen Beiträge berücksichtigt werden. Es wird nachgeholt. (Ohne Gewähr)

Der Redakteur und der Bundesvorstand bedanken sich für alle Wünsche und Grüße zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel. Es tut immer wieder gut, wenn persönliche Rückmeldungen – zumal sie ehrlich gemeint sind – eintreffen.

Aufklärungsarbeit, Anteilnahme und großer Respekt

Die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur berichtet von ihrer Arbeit, ihren Kontakten und der persönlichen Ergriffenheit bei ihren Begegnungen mit den Betroffenen

Zum Ende des Jahres 2023 ergab sich für den Redakteur der Freiheitsglocke kurzfristig die Möglichkeit, mit der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag ein Interview zu führen. Damit erfüllte sich ein Anliegen, das den Leserinnen und Lesern der Freiheitsglocke sowie den Mitgliedern unseres Opferverbandes besonders am Herzen lag. Erfreulicherweise antwortete Evelyn Zupke auf sämtliche gestellte Interviewfragen sehr ausführlich. Die Leser unserer Zeitung bekommen somit Informationen, auf die sie lange warteten. Zugleich lernen sie die menschliche Seite der Bundesbeauftragten näher kennen, was uns als Verband noch näher an Frau Zupke heranrücken lässt.

Lesen Sie nachstehend das Interview.

Freiheitsglocke: Darf ich Ihnen zu Beginn dieses Interviews eine spezielle Frage stellen: Wann haben Sie erstmals ein Exemplar der Freiheitsglocke aufgeschlagen? Und lesen Sie unsere Zeitung seitdem regelmäßig?

Evelyn Zupke: Die Freiheitsglocke kenne ich persönlich schon seit Jahrzehnten. Häufig erlebe ich, dass viele Menschen denken, dass der Einsatz für die politischen Häftlinge der DDR erst mit der Wiedervereinigung 1990 begann. Die VOS, und mit der Freiheitsglocke als Sprachrohr der VOS, zeigt, dass sich auch zur Zeit der deutschen Teilung Menschen für die politisch Verfolgten des SED-Regimes eingesetzt haben. Als ich vor zweieinhalb Jahren in das Amt gekommen bin, habe ich mich direkt in der ersten Woche darum gekümmert, dass der Bundestag die Freiheitsglocke abonniert. Neben mir persönlich lesen alle meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Freiheitsglocke. Das ist mir persönlich auch wichtig. Wir haben so viel mit Gesetzen, Verordnungen und Akten zu tun, dabei darf man niemals die konkreten Menschen, um die es geht, aus dem Blick verlieren.

Freiheitsglocke: Wie ist das mit der VOS? Hilft Ihnen die Zusammenarbeit mit unserem Verband bei der Erledigung Ihrer dienstlichen Aufgaben?

Evelyn Zupke: Die Zusammenarbeit mit den Opferverbänden und insbesondere mit der VOS ist mir sehr wichtig. Mit Hugo Diederich und dem Vorstand bin ich im engen Austausch. Aber ebenso auch mit den Landesverbänden. Aus der VOS bekomme ich auch

immer wieder ganz konkrete Impulse für meine Arbeit. So hatte sich vor ein paar Monaten die VOS Mecklenburg-Vorpommern um André Rohloff bei mir gemeldet und mir davon berichtet, dass die ehemalige Haftanstalt in Neubrandenburg komplett abgerissen werden soll. Solche Orte, die für die Repression und das Leid stehen, dürfen nicht einfach ohne jede Debatte verschwinden. Ich werbe gemeinsam mit der VOS dafür, dass der Ort für die Erinnerungsarbeit genutzt wird und bin auch selber beim dortigen Bürgerforum aufgetreten, um aufzuzeigen, dass die Bedeutung des Ortes weit über Neubrandenburg hinausreicht.

Freiheitsglocke: Worin besteht Ihre Tätigkeit als Bundesbeauftragte?



Evelyn Zupke: Als Ombudsfrau für die Anliegen der Opfer der SBZ/SED-Diktatur liegt der Schwerpunkt meiner Aufgabe darin, die Politik und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und auf Verbesserungen hinzuwirken. Häufig leiste ich dabei regelrecht Aufklärungsarbeit. Vielen Menschen ist heute nicht mehr bewusst, wie umfassend die Repression in der DDR war und wie spürbar die Folgen für die Opfer bis heute sind. Hierbei nutze ich all die Instrumente, die mir durch das Gesetz, das meinem Amt zugrunde liegt, gegeben sind. Ich lege dem

Bundestag Berichte vor, spreche in Ausschusssitzungen, treffe mich mit einzelnen Abgeordneten und weise die Ministerien in Schreiben auf Handlungsbedarfe hin.

Ich besuche Gedenkstätten, Beratungsstellen und sonstige Einrichtungen, halte Reden und spreche mit Medienvertretern. Mein Ziel ist es immer wieder deutlich zu machen, dass es bei diesem Thema eben nicht nur um Geschichte geht, sondern um Menschen, die in unserer heutigen Gesellschaft leben und denen wir unsere Freiheit und die deutsche Einheit ganz wesentlich zu verdanken haben.

Freiheitsglocke: War es schwierig, sich in die Arbeit einer Bundesbeauftragten für die Opfer der SED einzufinden?

Evelyn Zupke: Als ich in das Amt gewählt wurde, war es nicht nur für mich etwas völlig Neues in meinem Leben. Dadurch, dass das Amt neu geschaffen wurde, gab es keine langjährigen Strukturen, auf die ich hätte aufbauen können. → → → Seite 5 oben

Ich habe die Anfangsmonate vor allem dafür genutzt, um möglichst viele Opferverbände zu treffen, mit Betroffenen zu sprechen und die Institutionen und ihre jeweilige Arbeit näher kennenzulernen. Dieses bewusste Zuhören prägt meine Arbeit bis heute.

Dadurch, dass ich mich als Brücke zwischen den Betroffenen, der Institutionenlandschaft und der Politik verstehe, ist es mir besonders wichtig, genau zu wissen, wo die Probleme liegen und an welchen Stellen man auf Vorarbeiten aufbauen kann. So kann ich der Politik passgenaue und umsetzbare Vorschläge machen.

Freiheitsglocke: Wie viele Einzelgespräche oder Gespräche mit Gruppen haben Sie in etwa geführt?

Evelyn Zupke: Ich habe die vielen Gespräche mit Betroffenen, Opferverbänden, Politikern, Wissenschaftlern, Ministerialbeamten nicht gezählt. Es macht aber den wesentlichen Teil meiner Arbeit aus. Ich bin überzeugt davon, dass jeder Abgeordnete des Bundestages für unser Thema zu gewinnen ist.

Bei manchen geht es um die konkreten Anliegen von SED-Opfern aus den jeweiligen Wahlkreisen, andere wiederum interessieren sich für die geschichtlichen Hintergründe oder haben selbst Betroffene in ihrem Umfeld.

Freiheitsglocke: Gab es Fragen, Schicksalsberichte und erdrückende Erfahrungen, mit denen es schwer war umzugehen?

Evelyn Zupke: Immer wieder treffe ich Betroffene, deren Schicksale mir wochenlang nachgehen. Vor ein paar Wochen habe ich beispielsweise eine Frau in Thüringen getroffen, die, obwohl sie einen Säugling hatte, für fast vier Jahre aus politischen Gründen inhaftiert war. Nach drei Jahren wurde ihr ein Hafturlaub zum Besuch des todkranken Großvaters genehmigt. Als sie dort ihren kleinen Sohn nach Jahren erstmals sah, durfte sie sich auf Geheiß der Stasi nicht als Mutter zu erkennen geben. Solche Geschichten zerreißen mir immer wieder das Herz.

Umso wütender macht es mich, wenn manche Politiker in ihren Reden auch im Bundestag so tun, als ob der heutige Staat mit der SED-Diktatur vergleichbar ist. Manchmal frage ich mich, ob diese Menschen überhaupt wissen, was beispielsweise Hoheneck, Bautzen, Torgau und die Selbstschussanlagen an den Grenzen überhaupt bedeuten. Ich empfinde es in höchstem Maße als respektlos gegenüber den Opfern, so im Parlament aufzutreten. Wer andere Abgeordnete der Lüge bezichtigt, bekommt von der Präsidentin zu Recht einen Ordnungsruf. Wer mit solchen Vergleichen die Opfer verhöhnt, kommt wiederum ungestraft davon. Hier würde ich mir eine Änderung der Geschäftsordnung wünschen.

Freiheitsglocke: Die Frage zur Berufung Ihrer Person in dieses Amt haben sich damals viele – nicht nur SED-Opfer – gestellt. Wie sind die Abgeordneten auf Sie gekommen?

Evelyn Zupke: Ich bin von Abgeordneten aus den Reihen der damaligen Regierungsfractionen angesprochen worden. Neben biografischen Hintergründen, wie

meiner Beteiligung an der Aufdeckung des Wahlbetrugs 1989 und den oppositionellen Aktivitäten in den Jahren zuvor, spielte eine Rolle, dass ich beim Berliner Beauftragten im Beirat für den dortigen Härtefallfonds und als Zeitzeugin in Schulen ehrenamtlich tätig war.

Freiheitsglocke: Jemand sagte, nachdem Sie zur Bundesbeauftragten gewählt worden waren: „Mit Evelyn Zupke hatten die Wenigsten gerechnet.“ Fühlen Sie sich durch eine solche Bemerkung unterschätzt?

Evelyn Zupke: Nein, mit mir hat ja tatsächlich niemand gerechnet. Dass ich vor meiner Wahl nicht einer bestimmten Institution in diesem Themenbereich angehört habe, habe ich in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren auch als Vorteil erlebt. Ich kann manche Dinge ganz anders hinterfragen: Warum ist es so geregelt und nicht anders?

Freiheitsglocke: Unsere Leserinnen und Leser interessieren natürlich auch Details zu Ihrem „ersten“ Leben. Sie sind in der DDR in Binz aufgewachsen, haben dort das Abi bestanden, und dann ging es – im Sinne eines DDR-üblichen Bildungsweges – nicht mehr weiter. Gab es ein einschneidendes Ereignis, durch das Sie sich vom Leben und der Ideologie in der DDR abge-

wandt haben? Oder ging es Ihnen wie vielen Jugendlichen, sind Sie schlicht an der Monotonie des Alltags und den vielen Zwängen erstickt?

Evelyn Zupke: Ein einschneidendes Ereignis, an dem sich ein Schalter umgelegt hätte, gab es nicht.

Ich würde es als einen Prozess mit verschiedenen Weichenstellungen beschreiben. Zunehmend deutlicher für mich wurde die Diskrepanz zwischen sozialistischer Wirklichkeit und Propaganda. Daraus machte ich auch keinen Hehl. Das begann so ab der 11. Klasse. Da war ich nicht mehr bereit, die geforderten Anpassungsrituale mitzumachen. Sicher trugen auch singuläre Erlebnisse dazu bei; die allerdings symptomatisch waren.

Wie z. B. als ein Mitschüler von seiner als 14-Jähriger gegebenen Verpflichtung, Offizier der NVA werden zu wollen, zurücktreten und Mathematik studieren wollte. Vor der gesamten Klasse, Lehrern, Direktor, Parteisekretär wurde er vorgeführt. Alle Mitschüler verurteilten ihn. Nur zwei Schülerinnen widersprachen der Verurteilung. Eine davon war ich.

Diesem öffentlichen Druck hielt er nicht stand und hielt seine Verpflichtung aufrecht.

Freiheitsglocke: Haben Sie vor dem November 1989 an die Wiedervereinigung Deutschlands geglaubt?

Evelyn Zupke: Nein. Wie viele andere Oppositionelle kämpfte ich für Reformen in der DDR. Die Öffnung der Grenze oder eine Wiedervereinigung Deutschlands lag hinter meinen Fantasiegrenzen. Heute lebe ich sozusagen die Wiedervereinigung jede Woche aufs Neue, indem ich zwischen meinem Wohnort Hamburg und meinem Arbeitsort Berlin pendle. Das unschätzbare Glück, dass wir heute in einem wiedervereinten Land leben dürften, geht im alltäglichen Leben schnell unter und es ist zur Selbstverständlichkeit geworden.

Ich würde mir wünschen, dass wir den 3. Oktober nicht nur als buntes Volksfest mit Bratwurst und lauter Musik feiern, sondern viel stärker an unserem Nationalfeiertag auch den jahrzehntelangen Widerstand in der DDR und die Unterstützung in Westdeutschland würdigen.

Freiheitsglocke: Gibt es bei Ihnen selbst oder in Ihrem damaligen DDR-Umfeld schlimme Erlebnisse und Erfahrungen aus der Diktatur, die Sie heute noch wütend machen und die Sie vielleicht nicht mal verarbeitet haben?

Evelyn Zupke: Zweifellos macht man als unangepasster Mensch in einer Diktatur Erfahrungen, die man sich nicht wünscht. Ich war in der Opposition aktiv und stand damit natürlich auch unter Beobachtung; mit allem, was eben dazugehörte. Verhöre, Beschattungen, Zuführungen, Zusammengeslagen werden von der Staatssicherheit damals am 7. September 1989. Dass man uns, wie auch mir, mit den Kindern drohte, war schlimm und ängstigend.

Doch im Wissen und Bewusstsein darüber, was etliche Menschen in der SBZ/DDR erleiden und erdulden mussten; was ihnen angetan wurde, möchte ich nicht sagen, dass ich persönlich wirklich Schlimmes erlebt habe.

Freiheitsglocke: Sicher ist Ihre eigene unangepasste Biografie ein Grund, durch den Sie auf die Diktatur-Opfer sehr gut eingehen können?

Evelyn Zupke: Ohne Frage helfen mir meine eigenen biografischen Erfahrungen dabei, um zu verstehen, dass Freiheit und Selbstbestimmung eben keine Selbstverständlichkeit sind, sondern hart erkämpft wurden. In den letzten zweieinhalb Jahren durfte ich so viele Menschen kennenlernen, die für ihren Widerspruch in der DDR ins Gefängnis gehen mussten. Erst da ist mir in Gänze bewusst geworden, wie viel Glück wir 1989 als letzte Generation im Widerstand hatten. Mir ist es daher wichtig, dass wir eben nicht nur die Friedliche Revolution 1989 würdigen, sondern insbesondere den jahrzehntelangen Widerstand.

Freiheitsglocke: Vermutlich können Sie aber nicht alle Erwartungen und Hoffnungen, vor allem nicht in der geforderten Schnelle, erfüllen. Reagieren die Betroffenen mitunter unzufrieden und ungerecht? Kränken Sie Vorwürfe, in denen es um sichtlich unerfüllbare Forderungen geht und man Ihnen die Schuld gibt?

Evelyn Zupke: Leider kann ich nicht alle Erwartungen erfüllen, die in mein Amt und mich als Person gesetzt werden. Entscheiden müssen schließlich die Abgeordneten. Ich habe dabei nur eine beratende Funktion. Zudem bin ich kein Mensch der schnell gekränkt ist. Ich nehme auch wütende Briefe sehr ernst und probiere mich mit dem einzelnen Anliegen

auseinanderzusetzen. Meine Erfahrung ist, dass wenn Menschen über Jahre mit dem eigenen Anliegen nicht gehört und teilweise auch mit nicht nachvollziehbaren Begründungen zurückgewiesen werden, dann entsteht bei manchen Resignation und bei anderen Wut. Gerade vor diesem Hintergrund ist mir Offenheit sehr wichtig. Wenn ich bei manchen Themen in der Politik aktuell wenig Veränderungsbereitschaft sehe, dann kommuniziere ich dies auch klar in Richtung der Betroffenen und probiere über Alternativen ins Gespräch zu kommen. Wenn zum Beispiel der Weg zu einer Gesetzesänderung aktuell verbaut ist, dann suche ich nach anderen Wegen. Hierbei ist ein ganz wichtiger Schritt, dass die Themen in der Politik stärker bekannt werden. Darauf aufbauend kann zu einem späteren Zeitpunkt manches möglich werden, was aktuell wie verschlossen erscheint.

Freiheitsglocke: Es kommt sicher nicht überraschend, dass sich viele an Sie gerichtete Fragen und Forderungen um die Besondere Zuwendung für die ehemaligen politischen Häftlinge drehen. Ich hoffe, Sie sind nicht genervt, wenn wir in diesem Interview ausführlich darüber reden und erst mal pauschal fragen: Wie sind die Aussichten auf weitere Verbesserungen?

Evelyn Zupke: Mit ihrem Koalitionsvertrag hat die aktuelle Regierung sich klar dazu bekannt, dass die Opferrente nicht wie bisher bei 330 € bleiben soll, sondern dass es zukünftig eine Dynamisierung, sozusagen eine automatische

Erhöhung, geben soll. Ich werbe in der Politik dafür, dass dieser Dynamisierung eine Erhöhung der Opferrente vorangestellt wird. Die Preise und Lebenshaltungskosten sind drastisch gestiegen in den letzten Jahren. Darüber können wir nicht einfach hinweg gehen. Aktuell arbeitet das Bundesjustizministerium an dem Gesetzentwurf zur Novellierung der Rehabilitierungsgesetze. Ich werde genau darauf achten, dass es hier auch bei der Opferrente eine klare Verbesserung für die Betroffenen geben wird. Über die genaue Höhe kann man, gerade auch mit Blick auf die angespannte Haushaltslage, nur spekulieren. Ich lasse mich hiervon aber nicht abschrecken.

Freiheitsglocke: Liegen Ihnen Informationen über die Anzahl der Betroffene vor, die bisher von der Zuwendung profitieren und in welchem Umfang durch den Bundeshaushalt jährlich Mittel bereitgestellt werden müssen?

Evelyn Zupke: Aktuell beziehen rund 40.000 ehemalige politische Häftlinge die besondere Zuwendung. Die Kosten für die öffentliche Hand liegen damit im Jahr bei rund 158 Mio €. Hiervon trägt der Bund 65% und die Länder 35 %. Die Gesamtausgaben allein für die besondere Zuwendung nach § 17a StrRehaG beliefen sich bis Ende 2023 auf über 2,4 Milliarden Euro.

Meine Erfahrung ist, dass wenn Menschen über Jahre mit dem eigenen Anliegen nicht gehört und teilweise auch mit nicht nachvollziehbaren Begründungen zurückgewiesen werden, dann entsteht bei manchen Resignation und bei anderen Wut.

* * * * *

Ich werbe in der Politik dafür, dass der Dynamisierung eine Erhöhung der Opferrente vorangestellt wird

Freiheitsglocke: Die letzte Aufstockung der Besonderen Zuwendung liegt weit zurück, die Inflation hat inzwischen spürbar zugenommen. Die SED-Opfer behaupten, für sie wird nichts mehr getan, man sieht hingegen mit Erstaunen, dass die Diäten der Abgeordneten sprunghaft gestiegen sind, dass der Öffentliche Dienst enorme Zulagen bekommt und die Gewerkschaften auf eine vier-Tage-Arbeitswoche bei vollem oder höherem Lohnausgleich drängen. Warum lassen die Abgeordneten die SED-Opfer im Stich?

Evelyn Zupke: Mit ihrem Koalitionsvertrag hat die aktuelle Bundesregierung sich klar zu Verbesserungen für die Opfer der SED-Diktatur bekannt. Ich hätte mir gewünscht, dass wir in dieser Wahlperiode schon weiter wären und zum jetzigen Zeitpunkt beispielsweise schon eine Erhöhung der Opferrente erfolgt wäre. Die Politik der letzten zwei Jahre war jedoch geprägt von einer Vielzahl von Krisen. Auch damit müssen wir umgehen. Das Jahr vor der Bundestagswahl ist in der Politik klassischerweise das Jahr der Entscheidungen. Daher werde ich das Thema Opferrente und insgesamt Verbesserungen für die SBZ/SED-Opfer immer wieder auf die Tagesordnung setzen.

Freiheitsglocke: Auch in der VOS bemühen sich Betroffene um Verbesserungen, indem sie sich an Politiker wenden und keine oder unwürdige Antworten von untergeordneten Stellen erhalten. Man nennt das Abwimmeln oder Ignorieren. Können Sie verstehen, dass viele Opfer angesichts dieser Tatsache von den Vertreterinnen und Vertretern der Politik nichts mehr halten und verbittert sind?

Evelyn Zupke: Ich kann die Frustration vieler Betroffener nachvollziehen. Die Fakten liegen auf dem Tisch, warum wird nicht schneller gehandelt? Ich kann mich der Frustration aber nur in Teilen anschließen.

Ich erlebe in meiner Arbeit gleichzeitig engagierte Politikerinnen und Politiker aus den unterschiedlichen Parteien, die sich wirklich für die Opfer einsetzen. Das passiert nicht unbedingt auf der großen Bühne.

Ein Beispiel: Die SPD-Bundestagsfraktion hat Anfang des Jahres ein Positionspapier vorgelegt, in dem wesentliche Forderungen der Opferverbände und von mir als Opferbeauftragter aufgegriffen worden. Federführend war ein jüngerer Abgeordneter aus Bayern. Solche Erlebnisse zeigen mir, dass die Unterstützung der Opfer nicht wesentlich eine Frage von Ost oder West ist, sondern vielmehr von Empathie und Geschichtsbewusstsein.

Freiheitsglocke: Was haben Sie gedacht, als Sie vor eineinhalb Jahren im Offenen Brief in unserer Freiheitsglocke die Zahl 800 im Zusammenhang mit der Besonderen Zuwendung gelesen haben? Dachten Sie, jetzt werden die echt unverschämt? Um es noch einmal zu erklären: Die „Initiative 800“ beinhaltet eine Abschaffung der Anerkennungsverfahren bei haftbe-

Ich hätte mir gewünscht, dass wir in dieser Wahlperiode schon weiter wären und zum jetzigen Zeitpunkt beispielsweise schon eine Erhöhung der Opferrente erfolgt wäre.

dingten Gesundheitsschäden und verzichtet auf Entschädigungen für geleistete Zwangsarbeit. Im Gegenzug hätten wir eine sichtlich höhere „Opferrente“, deren Gewährung erhebliche Verwaltungs- und Gerichtskosten einsparen könnte. Das eingesparte Geld könnte problemlos für die Opferrente verwendet werden. Für die SED-Opfer, die überwiegend im hohen Alter sind, wäre das eine enorme Erleichterung. Können Sie dieser Argumentation anschließen?

Evelyn Zupke: Bezogen auf die politischen Häftlinge habe ich große Sympathien für ein solches Modell. Ich kenne aber auch viele Betroffene, die durch diesen Vorschlag am Ende deutlich weniger Leistungen erhalten würden. So erhalten z. B. Betroffene, die bezogen auf ihre verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden einen Grad der Schädigung von 50 zuerkannt bekommen haben, nach dem neu eingeführten Sozialgesetzbuch XIV eine monatliche Entschädigungszahlung in Höhe von 800 Euro. Neben anderen möglichen Leistungen wie dem Berufsschadensausgleich kommt hier die besondere Zuwendung in diesen Fällen selbstverständlich noch hinzu.

Zudem dürfen wir nicht die Menschen aus dem Blick verlieren, die in anderer Weise durch die SED-Diktatur geschädigt wurden und heute mit den gesundheitlichen Folgen zu kämpfen haben. Auch viele der Menschen, die aufgrund ihres Verfolgungsschicksals beruflich oder auch verwaltungsrechtlich rehabilitiert sind, tragen bis heute schwer an den Folgen. Ich kämpfe daher für ein vereinfachtes Modell zur Anerkennung der Gesundheitsschäden, das allen Betroffenen hilft. Auch wenn ich mir der besonderen Bedeutung des politisch motivierten Freiheitsentzugs immer bewusst bin. Für die Haftopfer kämpfe ich für eine Erhöhung und Dynamisierung der Opferrente und für eine Abschaffung der Bedürftigkeitsgrenzen.

Freiheitsglocke: Sie selbst sind im aktuellen Jahresbericht auf mehr als 70 Seiten sehr konkret geworden, indem Sie die Notlage und die Angst vieler Betroffener deutlich beschrieben haben. Sie haben auf psychische Erkrankungen, Existenzängste und Einzelschicksale von Opfern hingewiesen. Sie haben, ohne die konkrete Zahl zu nennen, die deutlich höhere Opferrente und eine regelmäßige Inflationsanpassung gefordert. Inwieweit nehmen die Abgeordneten das zur Kenntnis?

Evelyn Zupke: Die Abgeordneten nehmen das nicht nur zur Kenntnis, sondern der Bundestag ist im Sommer einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gegangen und hat einen grundsätzlichen Beschluss zur besseren Unterstützung der Opfer gefasst. An die Bundesregierung gerichtet, fordert der Bundestag in seinem Beschluss diese auf, die Evaluation der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze zu nutzen, um bei der jetzt anstehenden Novellierung die Impulse der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag zu berücksichtigen. Jetzt ist die Bundesregierung am Zug.

Freiheitsglocke: Eine letzte Frage zum Thema Besondere Zuwendung: Könnte das jüngst aufgedeckte Milliardenloch im Bundeshaushalt eine Art Todesstoß für die Hoffnungen der ehemaligen politischen Häftlinge auf finanzielle Verbesserungen sein, obwohl eine Anhebung der Opferrente nur einen verschwindend geringen Anteil am Haushaltsbudget ausmachen würde?

Evelyn Zupke: Grundsätzlich gilt weiterhin der Koalitionsvertrag, und der sieht die Dynamisierung der Opferrente vor. Gerade mit Blick auf die rasanten Preissteigerungen in den letzten Jahren macht die Dynamisierung nur Sinn, wenn man sie auch mit einer Erhöhung verknüpft.

Wie es sich im Einzelnen ausgestaltet, werden die kommenden Monate zeigen.

Freiheitsglocke: Unumgänglich ist das Thema Zwangsarbeit. Sie hatten im vorigen Jahr zu einem breiten Forum eingeladen. Sind weitere Veranstaltungen in dieser Reihe geplant?

Evelyn Zupke: Die große Veranstaltung zum Thema Zwangsarbeit, die ich gemeinsam mit der UOKG im Bundestag durchgeführt habe, war ein wichtiger Meilenstein, weil wir das Thema erstmals seit Jahren wieder im Parlament sichtbar gemacht haben. Aktuell geht die Arbeit an diesem Thema an unterschiedlichen Stellen weiter: An der Humboldt Uni in Berlin wird aktuell zu den Lieferketten des innerdeutschen Handelns und den gesundheitlichen Auswirkungen der Zwangsarbeit geforscht. Gleichzeitig bin ich an viele Firmen herangetreten. Hier waren die Reaktionen meist verhalten. Niemand möchte gerne mit diesem dunklen Kapitel unserer deutsch-deutschen Geschichte in Verbindung gebracht werden. Ganz typisch ist die Reaktion der Otto Group, dem Nachfolger des Otto-Versandes. Der Otto-Versand hat Kameras vom VEB Pentacon verkauft. Der VEB Pentacon wiederum hat im großen Umfang auch im Gefängnis in Cottbus Gehäuse stanzen lassen. Die Otto-Group weist jedoch jede Verantwortung von sich und verweist auf die theoretische Möglichkeit, dass die vom Otto-Versand verkauften Kameras möglicherweise nur Gehäuse aus dem Stammwerk des VEB hätten haben können. Gerade von einem Unternehmer wie Michael Otto, der diverse Preise für sein soziales Engagement erhalten hat, hätte ich mir einen anderen Umgang mit der eigenen Firmengeschichte gewünscht. Ich bleibe aber bei diesem Thema, insbesondere auch was Staatsunternehmen wie die Bahn angeht, dran.

Freiheitsglocke: Die Frage ist allerdings: Es ist doch bekannt, dass alle in der DDR inhaftierten politischen Häftlinge in den Strafanstalten Zwangsarbeit leisten mussten, für die sie nicht entlohnt wurden und durch die sie dauerhafte Schäden an der Gesundheit genommen haben. Warum werden nun Jahrzehnte nach der Auflösung der DDR noch Nachweise darüber verlangt? Und warum sollen ausgerechnet die Betroffenen, die niemals selbst über Haft-Unterlagen verfügt

haben und nun im fortgeschrittenen Alter sind, die Nachweise für diese Zwangsarbeit erbringen?

Evelyn Zupke: Das Fehlen von Nachweisen ist ein großes Problem, nicht nur beim Thema Zwangsarbeit. Ich erlebe es z. B. auch bei Personen, die Repression durch Einrichtungen der Jugendhilfe in der DDR erlebt haben. Ganz besonders stark erlebe ich es in den Verfahren der Anerkennung von Gesundheitsschäden. Daher werbe ich in der Politik auch für ein Anerkennungsverfahren, bei dem politische Häftlinge eben nicht einzelne schädigende Ereignisse aus der Haft nachweisen müssen, sondern der Nachweis der Haft alleine ausreicht. Wie stark politische Haft die Gesundheit der Menschen schädigt, ist aktuell nochmals durch eine Studie der Charité bewiesen worden.

Dass immer wieder die medizinischen Akten aus der Haft als Grundlage für Entscheidungen herangezogen und gegen die Betroffenen ins Feld geführt werden, empfinde ich als empörend. Unmenschliche Haftbedingungen, psychische und körperliche Misshandlungen wurden natürlich nicht dokumentiert! Kein Amt in einer Demokratie sollte sich daher in seinen Entscheidungen auf das stützen, was die Ärzte in den Gefängnissen einer Diktatur in die Akten geschrieben haben.

Freiheitsglocke: Wäre nicht der Staat verpflichtet zu handeln? Oder die westeuropäischen Betriebe, die teils wissentlich von der Zwangsarbeit in hohem Maße profitiert haben?

Evelyn Zupke: Ich sehe die Unternehmen in der Pflicht, aber ebenso auch den Staat. Dass aktuell eine Forschung zu den Hintergründen der Zwangsarbeit finanziert wird, ist aus meiner Sicht ein wichtiger Schritt auch als Staat Verantwortung für die Aufklärung zu übernehmen. Aber der Staat ist auch Unternehmer.

Mir fehlt es bis heute an einem Signal der Deutschen Bahn zur Unterstützung der Opfer, die als Zwangsarbeiter für die Reichsbahn tätig waren.

Freiheitsglocke: Mit dem Thema Zwangsarbeit verbindet sich auch die Problematik der niedrigen Altersrenten der ehemaligen politischen Häftlinge. Die Haftjahre werden nicht voll als Rentenjahre anerkannt. Wie kann man das ändern?

Evelyn Zupke: Das sechste Sozialgesetzbuch (SGB VI) schreibt vor, dass diese Haftzeiten bei der Rentenberechnung als sogenannte Ersatzzeiten zu werten sind. Darüber hinaus haben politische Häftlinge grundsätzlich die Möglichkeit, für die Zeit der Inhaftierung, soweit sie zur Zeit der Inhaftierung beruflich tätig waren, über die berufliche Rehabilitation ihre rentenrechtlichen Zeiten als Pflichtbeiträge anrechnen zu lassen.

Immer wieder berichten mir Betroffene, dass das Verfahren zu kompliziert ist. Und meist erwischt es die Menschen im denkbar ungünstigsten Moment. Gerade beim Übergang in die Rente möchte man zu Ruhe finden und nicht von finanziellen Existenzängsten geplagt sein.

Freiheitsglocke: Hinzu kommt ein anderer Fakt: Viele Betroffene wurden bereits vor der Verhaftung verfolgt und konnten sich beruflich nicht entfalten. Nach der Entlassung aus der Haft waren die Stellenangebote ebenfalls eingeschränkt. Wer in die DDR zurückging, musste eine minderwertige Arbeit annehmen. Die Übersiedler fanden in der Bundesrepublik ebenso wenig anspruchsvolle Stellen. Mit dem Eintritt ins Rentenalter sehen viele Betroffene, dass sie durch niedrige Renten ein weiteres Mal bestraft worden sind. Sie haben auch diese Problematik in Ihrem Bericht angesprochen. Warum wird diese Tatsache ignoriert?

Evelyn Zupke: Ich würde nicht direkt sagen, dass die Probleme im Bereich der Rente ignoriert wurden. In den Rehabilitierungsgesetzen sind Aspekte enthalten, wie der Rentenversicherungsnachteilsausgleich und die Ausgleichsleistung bei der beruflichen Rehabilitierung, die in diese Richtung zielen, aber meiner Erfahrung nach nicht ausreichen.

Um aber die soziale Lage der Betroffenen weiter zu verbessern ist für mich die Erhöhung und Dynamisierung der Opferrente ein ganz wesentlicher Baustein.

Ein Rententhema, was in der Politik viel zu wenige auf dem Schirm haben, ist die Problematik der Fremdrenten. Ich hatte vor wenigen Wochen ein Treffen mit den zuständigen Abgeordneten aus dem Petitionsausschuss. Ich habe den Abgeordneten den *Wegweiser für Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR* gezeigt, der damals verteilt wurde. Im *Wegweiser*, der vom Bundesinnenministerium herausgegeben wurde, heißt es wörtlich „*Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR werden in der gesetzlichen Rentenversicherung so behandelt, als ob sie ihr ganzes Arbeitsleben in der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt hätten.*“

Auf diese Zusage haben die Übersiedler und Flüchtlinge vertraut. Eine große Herausforderung, die ich bei diesem Thema erlebe, ist die Komplexität. Es geht um das Handeln der damaligen Bundesregierung vor dem Mauerfall, um den Einigungsprozess, um Gesetzesänderungen in den 1990er Jahren und schließlich auch um diverse Gerichtsentscheidungen. Was für mich unter dem Strich bleibt, ist die Zusage, die man den Flüchtlingen und Übersiedlern damals gegeben hat und die heute so nicht mehr gelten soll. Diese Ungerechtigkeit können wir so nicht länger stehen lassen.

Freiheitsglocke: Nun noch ein Blick auf die Vergangenheit: Die zunehmende Verklärung der DDR entwirft gerade bei jungen Menschen ein völlig falsches Bild vom untergegangenen SED-Staat. Könnten wir dem durch die Erweiterung der Zeitzeugen-Arbeit seitens der ehemaligen politischen Häftlinge wirksamer entgegenwirken? Inwieweit haben Sie direkt mit der Zeitzeugen-Arbeit zu tun?

Evelyn Zupke: Zeitzeugenarbeit ist ein ganz wichtiges Element, um Geschichte für junge Menschen erfahrbar zu machen. In diesem Jahr konnte ich bei den zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit meine Arbeit als Opferbeauftragte erstmals im Zelt des Bundestages präsentieren. Ich habe die Möglichkeit genutzt und zwei politische Häftlinge für ein Zeitzeugengespräch auf der Bühne des Bundestages eingeladen. Es war beeindruckend zu sehen, wie gerade jungen Menschen, die eigentlich nur über die Festmeile bummeln wollten, stehen blieben und regelrecht von den Schilderungen der ehemaligen Häftlinge in den Bann gezogen wurden.

Ich freue mich sehr, dass die Mittel zur Unterstützung der Zeitzeugenarbeit in den letzten Jahren erhöht wurden. Ich möchte, dass jede Schülerin und jeder Schüler in Deutschland in seiner Schullaufbahn

die Möglichkeit hat, im Unterricht mit einem Zeitzeugen zu sprechen. Um diesem Anliegen weiter Gewicht zu geben, plane ich, mich in diesem Jahr an die Kultusministerkonferenz zu wenden. Da Bildung Ländersache ist, ist es gar nicht so einfach hier zu einem einheitlichen Vorgehen zu kommen.

Freiheitsglocke: Ist aber Zeitzeugen-Tätigkeit nicht ein wichtiger Bestand der Diktatur-Aufarbeitung und vor allem der

Demokratieerziehung junger Menschen? Können Sie über die Kontakte zu den Abgeordneten und zu den Bildungsministerien der Bundesländer insoweit Einfluss nehmen, dass die Zeitzeugen-Veranstaltungen in die Rahmenlehrpläne aufgenommen und Schulklassenbesuche in den Gedenkstätten zur Pflicht gemacht werden?

Evelyn Zupke: Zeitzeugengespräche und Gedenkstättenbesuche sind Demokratie-Erziehung. Die Rahmenlehrpläne sind nicht so schlecht, wie man denkt. In fast allen Ländern ist das Thema SED-Diktatur in den Lehrplänen verankert. Aus meiner Sicht hapert es vor allem an der konkreten Umsetzung. Dadurch, dass das Thema nicht prüfungsrelevant ist, fällt es schnell hinten runter. Hier müssen wir ganz konkret ansetzen.

Freiheitsglocke: Vielleicht können Sie zum Abschluss noch einmal sagen, was Sie sich künftig von uns als VOS und auch von unserer Zeitschrift *Freiheitsglocke* erhoffen?

Evelyn Zupke: Ich schätze die Zusammenarbeit mit der VOS sehr. Das gilt für den Bundesvorstand ebenso wie für die einzelnen Landesverbände und Gruppen. Über die Gespräche mit den VOSlern und durch die *Freiheitsglocke* bekomme ich wichtige Impulse für meine Arbeit. Gerade, da ich viel mit Gesetzestexten und Verordnungen zu tun habe, ist es mir wichtig, die konkreten Menschen mit ihren Anliegen nicht aus dem Blick zu verlieren. Der regelmäßige und enge Austausch mit der VOS wirkt da wie eine Medizin.

→ Die Begegnungen mit den VOSlern machen mir auch immer wieder Mut, vor allem wenn ich sehe, wie viele aus der VOS sich in der Diktatur gegen einen übermächtigen Staat aufgelehnt haben.

Deswegen verwende ich bei öffentlichen Auftritten auch immer beide Begriffe: Ja, es sind Opfer, da die Diktatur ihnen Gewalt angetan und Leid zugefügt hat. Gleichzeitig sind diese Menschen aber auch Helden. Ohne Widerspruch und Mut in der DDR wäre die Mauer nie gefallen. Die Opfer der SBZ/SED-Diktatur auch als Helden zu würdigen. Das kommt in unserer Erinnerungskultur bis heute leider häufig noch zu kurz.

Der Redakteur: Sehr geehrte Evelyn Zupke, wir danken Ihnen für die ausführlichen Antworten zu den Fragen. Ebenso danken wir für Ihren Einsatz und Ihre Hilfsbereitschaft, was die Interessen der SED-Opfer angeht. Wir alle wünschen uns, dass die begonnene enge Zusammenarbeit fortgeführt wird und wir, sei es in kleinen Schritten, Verbesserungen erreichen. Wir sind guten Mutes.

Ein weiterer Dank gilt dem Büroleiter der Bundesbeauftragten Niels Schwiderski und dem Referenten Benjamin Baumgart, die beide ebenfalls für die Betroffenen immer ansprechbar sind und ohne die dieses Interview – gerade wegen seiner ungewöhnlichen Länge – nicht so kurzfristig und ausführlich hätte entstehen können.

ARK



Kurzporträt

Evelyn Zupke wurde 1962 in Binz, wo sie auch ihre Jugend verbrachte und 1980 das Abitur bestand, geboren. Schon früh stand sie dem SED-Staat kritisch gegenüber und suchte nach einem eigenen, demokratisch geprägten

Weg. Sie weigerte sich bereits als Jugendliche, der Staatspartei beizutreten und nahm dafür erhebliche Nachteile – etwa die Verweigerung der Zulassung zum Studium – in Kauf. Damit schlug sie einen DDR-üblichen Bildungsweg aus und orientierte sich an den Aktivitäten der Ende der 1970er Jahre in mehreren Städten der DDR gegründeten Bürgerrechtsgruppen. So kritisierte sie die unfreien Wahlen in der DDR und „beschallte“ an der Ostsee DDR-Urlauber mit Lindenbergs „Sonderzug nach Pankow“. Die Folge war die weitere Einschränkung ihres beruflichen und Bildungsweges. Sie absolvierte eine Fachausbildung zur Heilerziehungspflegerin und Fachberaterin für Psychotraumatologie. 1989 gehörte sie zu den Bürgerrechtlern, die sich offen gegen die Wahlfälschungen auflehnten und konsequent für das Ende des Ministeriums für Staatssicherheit eintraten. Nach der Wiedervereinigung wechselte sie ihren Wohnsitz und zog nach Hamburg, wo sie eine Stelle als Sozialpädagogin in der ambulanten Eingliederungshilfe für Menschen mit psychischer Erkrankung in Hamburg antrat. V. B. / Fotos: © Dtsch. Bundestag /Inga Haar



(FG/FHH/TH) Wieder einmal erfolgreich absolvierte der Landesvorsitzende der VOS in NRW eine Zeitzeugen- Veranstaltung am Fichte Gymnasium in Hagen (Sauerland). In einer aufschlussreichen Doppelstunde berichtete Felix Heinz Holtschke über seine Erfahrungen und den Widerstand in der DDR. Unterstützt wurde er in professioneller Art von Dr. Frank Hoffmann vom Institut für Deutschlandforschung (Uni Bochum) und dem Studenten Luka Stolle. Die durchführende Lehrerin und Gleichstellungsbeauftragte der Schule, Kerstin Cegledi-Renard, bedankte sich bei Felix Heinz Holtschke mit einem Präsent und dem nachfolgenden Schreiben: *Ihr Vortrag hat die Schülerinnen und Schüler und natürlich auch uns Lehrer sehr bewegt. Vielen Dank dafür, dass Sie durch Ihren Zeitzeugenvortrag dazu beigetragen haben, Geschichte lebendig werden zu lassen.*

Foto (© privat): Felix Heinz Holtschke, Kerstin Cegledi-Renard, Luka Stolle, Frank Hoffmann (v.l.n.r.)

Sechs Jahre Z. für die Wahrheit

DDR-Gerichtsurteil vom 1. Juli 1983

Wie die DDR-Organen sich selbst belogen und wider besseres Wissen gegen geäußerte Wahrheiten vorgingen, zeigt das Gerichtsurteil gegen den Fg-Redakteur Richter-Kariger vom 1. Juli 1983:

„Die Aufgaben und die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit stellte der Beschuldigte in mehreren Abschnitten seiner Schrift als ‚Spitzelsystem‘ zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung der Bevölkerung dar. Die Mitarbeiter des MfS bedienten sich angeblich ungesetzlicher Mittel zur Erlangung von Informationen und bereicherten sich an beschlagnahmten Erzeugnissen imperialistischer Produktion. (F 11)“

„Bezogen auf Antragsteller, betreffend Übersiedlung in die BRD, schreibt der Angeklagte, daß diese schweren und andauernden Repressalien ausgesetzt seien. Dabei führt er aus, daß derartige Bürger fortgesetzt vom MfS verhört würden und dort auch – allein aus den Gründen ihrer Antragstellung – zeitweilig verbleiben müßten.“

©: Auszug aus dem o. g. Urteil vom Bezirksgericht Potsdam mit Ergebnis: 6 Jahre Haft

Die schweren und die tief berührenden Lebenserinnerungen

Wenige Wochen vor seinem 95. Geburtstag blickt Wolfgang Lehmann noch einmal zurück

Bald nach dem Fall der Mauer 1989 gründeten ehemalige Häftlinge der zehn sowjetischen Speziallager auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone Vereine, um das dort Geschehene für die Nachwelt zu bewahren. Mit dem berühmten GULag-System hatten die Sowjets ihr Volk 70 Jahre in Angst und Schrecken gehalten. Die umfassendste Darstellung darüber hat die in den USA lebende Historikerin Anne Applebaum erarbeitet. (Deutsch 2005, 14 €). Dieses System übertrugen sie auch auf die von ihnen besetzten Gebiete. Schon im April 1945 begannen sie, in Ketschendorf, das heute zu Fürstenwalde gehört, mit dem Einrichten des ersten Lagers, das dann später die Nr. 5 erhielt. Dafür wurde eine Wohnsiedlung aus den 1940er Jahren umgestaltet. Im Höhepunkt der Belegung, im Sommer 1946, befanden sich etwa 12.000 Häftlinge im Lager, darunter etwa 1.200 Jungen in einem Achtfamilienhaus sowie Frauen und Mädchen im eigenen „Frauenzwinger“.

Die Regierung der DDR versuchte mit allen Mitteln, die Erinnerung an die Lager auszulöschen. Niemand durfte darüber reden, nicht mal die Überlebenden der Lager. Nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur dauerte es bis März 1990, ehe Überlebende des Speziallagers Ketschendorf in Fürstenwalde einen Verein gründeten, dem sie den Namen *Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e. V.* gaben. Schnell wurde klar, dass kein Beteiligter in der Lage war, die Geschichte des Lagers aufzuarbeiten. So beauftragte man das Historiker-Ehepaar Jan und Renate Lipinsky damit. Das Ergebnis deren Arbeit erschien 1998 als Buch unter dem Titel „Die Straße, die in den Tod führte“ im Kremer-Verlag. Das Werk war schnell vergriffen. In ihm sind die Schicksale der 315 Häftlinge, die von etwa 10.000 für noch arbeitsfähig befunden wurden und am 31. Januar 1947 nach Sibirien deportiert wurden, nicht beschrieben. Das holte unser Lagerkamerad Dr. Werner Teltow nach. Er ermunterte die ‚Sibirijaken‘, ihre Erinnerungen aufzuschreiben. 14 folgten seinem Ruf. Dazu gehörte ich. Ergänzt mit Daten, die der Suchdienst ‚Deutsches Rotes Kreuz‘ zur Verfügung stellte, wurde 2002 das Buch ‚Pelzmützentransport‘ herausgegeben. Da man in Deutschland keinen Verlag fand, ließ man es bei Athesiadruck in Bozen (Südtirol) drucken. Es hat keine ISBN. Auch dieses Buch war bald vergriffen. Beide Bücher werden im Netz-Zweitmarkt nicht angeboten. Als ich mein frisch gedrucktes Buch erhielt, war ich sehr gespannt, was die anderen Kameraden geschrieben hatten. Regelrecht aufgewühlt war ich, als mir aber über das Telefon eine aufgeregte Männerstimme sagte; „Ich habe gerade gelesen, was du geschrieben hast.“ Ich wusste nicht, wer der Anrufer war. Bis sich herausstellte, dass es sich um Herbert Scherner aus Memmingen handelte, der ebenfalls mit dem „Pelzmützentransport“ trans-

portiert worden war und den ich namentlich nicht kannte. Ich hatte in meinem Bericht einen Vorfall in unserem Waggon auf der Fahrt beschrieben, an den er sich sehr genau erinnern konnte. Wir waren also im selben Waggon zusammen. Kurz nachdem ich aufgelegt hatte, klingelte es wieder. „Ich bin es noch einmal. Wo hast du im Waggon gegessen?“ Wegen der vielen Menschen konnte man sich nicht legen, sondern nur sitzen oder stehen. „Direkt neben der Pissrinne.“ (Damit war das Gebilde aus drei Brettern gemeint, die u-förmig zusammengeklappt, in einem Loch der Außenwand steckten). „Dort habe ich auch gegessen!“, erwiderte ich erstaunt. Also haben er und ich fünf Wochen lang dicht an dicht gehockt, ohne den Namen des Anderen zu kennen. Ich hatte mich in einen großen Luftwaffenmantel wie in ein Schneckenhaus eingerollt und völlig „abgeschaltet“. Den Mantel hatte ich im Januar 1947 in Ketschendorf erhalten, als ich die Kleidung abgeben musste, die ich seit der Verhaftung am 24. Oktober 1945 Tag und Nacht getragen hatte und die niemals gewaschen worden war.



Dann erwähnte er, dass ich so viele Namen in meinem Bericht genannt hatte, darunter Manfred Töpel, der in Hennigsdorf sein Fähnleinführer gewesen sei. „Lebt der noch?“, fragte ich. „Ja, in Berlin.“ Am nächsten Tag rief Kamerad Töpel in Berlin an und sagte langsam: „Hier spricht Wolfgang Lehmann“. (*Jetzt sollte man langsam weiterlesen!*) Da sagte die Stimme am anderen Ende: „Doch nicht etwa der aus Sibirien?“ Und das nach 53 Jahren! Selbstverständlich besuchte ich Manfred bei meiner nächsten Reise nach Berlin. Am 28. November 2002 lagen sich nach 53 Jahren zwei alte Männer weinend in den Armen. Ich hatte Manfred 1949 in unserem Lager in Sibirien kennengelernt, als ich für einige Monate nachts in der Lagerküche arbeitete (neben meiner Tagesarbeit im Sägewerk) und er „hauptamtlicher“ Nachtkoch war. Manfred hatte nach seiner Heimkehr aus Sibirien einen verschlungenen Lebensweg hinter sich, bis er als Physiotherapeut seinen Wunschberuf gefunden hatte. Manch bekannter Name befand sich unter seinen Patienten: Hildegard Knief, Eddy Merckx – um nur einige zu nennen. Er schrieb mehrere Bücher, für deren Vertrieb er eigens einen Verlag gründete. Im Buch „Hände helfen heilen“ hat er der Nachwelt sein Wissen als Physiotherapeut hinterlassen. Bis zu seinem Tod am 30. Mai 2009, er wurde 82 Jahre alt, habe ich ihn bei jeder Berlinreise besucht. Auch mit Herbert Scherner war ich bis zu dessen Tod am 14. Mai 2011, er wurde 83 Jahre alt, befreundet und halte die Verbindung zu seiner Ehefrau aufrecht. *W. Lehmann (leicht gekürzt)*

Anm.: Wolfgang Lehmann vollendet im März sein 95. Lebensjahr. Vorher ist er nochmals als Zeitzeuge ins Rimbacher Gymnasium eingeladen. –

Gefälschte Schreiben und Urkunden zur Verschleierung

Was die heutigen Generationen aus dem Buch von Edmund Kabisch lernen können

Neben der Ermordung von Millionen Juden gehören Aktionen zur „Erbgesundheits-“ und der „Euthanasie“ zu den staatlicherseits organisierten Verbrechen der Nationalsozialisten. In seinem Buch „Der Wahn der reinen Rasse“ hat der Wissenschaftler Dr. Edmund Kabisch NS-Medizinverbrechen, denen mehr als 200.000 Menschen zum Opfer fielen, dokumentiert. Solche Verbrechen stehen im Schatten des industriellen Mordes an Juden. Auschwitz ist öffentlich bekannter als Bernburg, Treblinka ist als Begriff mehr Menschen geläufig als Pirna-Sonnenstein.

All diese Verbrechen hatten dieselbe ideologische Grundlage, nämlich den Wahn der „reinen Rasse“. Darüber hinaus waren die Täter im Medizinerkittel vielfach dieselben.

Hitler und seiner Nazi-Sippe gelang es nach der Machtübernahme im Staat, einen Großteil des deutschen Volkes von diesem Wahn zu überzeugen. Schließlich wurden Hitler und seine Spießgesellen von eben diesem Volk sogar gewählt.

Zwischen den Zeilen steht die Frage: „Wäre das Verhalten als Masse heute grundsätzlich anders?“

Von „Volksgesundheit“ war die Rede, von „unwertem Leben“, das vernichtet werden müsse. Eine „reine arische Rasse“ war das wahnwitzige Ziel dieser Leute. In seinem bekannten Buch „Mein Kampf“ hat Hitler seine Ziele sogar öffentlich bekannt gemacht.

Edmund Kabisch ist nicht der erste Autor, der darauf hinweist, dass die Nazis nicht eine isolierte Verbrecherbande waren, sondern dass breite Teile der Bevölkerung beteiligt gewesen sind, und sei es nur durch Nichtstun, Wegschauen und Schweigen. Zwischen den Zeilen steht die Frage: „Wäre das Verhalten als Masse heute grundsätzlich anders?“

Mit seinem Buch vermittelt Kabisch viele Informationen über die damalige Zeit, und er setzt die politische Instrumentalisierung der

NS-Verbrechen durch den SED-Staat, vielfach DDR genannt, ins Bild. Als Pfarrer lenkt er den Blick zudem auf die kirchliche Aufarbeitung. Das Buch ist nicht zuletzt auch eine Regionalstudie. Kabisch beleuchtet einige der bisher weißen Flecken der Zwickauer, der Chemnitzer und der Rochlitzer Stadtgeschichte, so z. B. die Arbeit der Amtsärzte. Ihre Aufgabe bestand u. a. darin, den „erkrankten Nachwuchs“ zu verhüten. Sie mussten einem bestimmten Personenkreis, der im Impulsheft zum Buch genannt ist, einen „Intelligenz-Prüfungsbogen“ vorlegen, woraus der „Geisteswert“ abgelesen werden konnte.

Seitenblick = Bücher in der Fg

Das führte zum Beschluss der „Unfruchtbarmachung“ dieser Menschen durch das Erbgesundheitsgericht. Dafür qualifizierte Chirurgen vollzogen diesen Eingriff.

Dabei wurde auch experimentiert: Der medizinische Vorgang geschah bei Männern durch Einspritzung entsprechender Substanzen, bei Frauen wurde Röntgenstrahlung zur Anwendung gebracht. Die Krankenmorde wurden als „Euthanasie“ umschrieben. Eigentlich bedeutete dieser Begriff „guter Tod“, war aber bei den Nazis der Mord an Menschen, die man als „lebensunwertes Leben“ ansah und die infolgedessen als „auszumerzen“ galten.

Weil die Planung solcher Aktionen von einem Büro in der Berliner Tiergartenstraße Nr. 4 ausging, wurde von der „Aktion T 4“ gesprochen, was aber der sprachlichen Verschleierung der Morde diente. Der Verschleierung dienten amtlich gefälschte Schreiben und Urkunden, die Angehörigen der Opfer übergeben wurden. Im Buch

wird dafür als Beispiel der Fall Max Wenzel erwähnt, der im März 1941 in der Heil- und Pflegeanstalt Pirna-Sonnenstein vergast wurde. Insgesamt wurden dort 14.700 kranke oder als krank geltende Menschen ermordet.

In den Kirchen wusste man davon, die T 4-Aktion war bekannt. Aber Kardinal Graf von Galen war einer der wenigen leitenden kirchlichen Mitarbeiter, die ihre Stimme gegen die Krankenmorde erhoben. Die Kirchen verhielten sich nicht anders als ein Großteil der sonstigen Bevölkerung.

Kabisch ist auch Religionslehrer, und als solcher macht er Vorschläge für die Behandlung des Themas im Schulunterricht und in der politischen Bildung allgemein. Staatlicherseits organisierte kriminelle Handlungen, das Schweigen der Bevölkerung einerseits und auf der anderen Seite der Widerstand gegen solches Tun sind ein weites Feld für die politische Bildungsarbeit.

Aufarbeitung der Medizinmorde in Deutschland

Über die Situation in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland gibt es viele Veröffentlichungen. Der bekannte Journalist Baron von Sass, eher bekannt als Matthias Walden, nannte es einen Geburtsfehler der Bundesrepublik, dass viele NS-Täter ungeschoren davonkamen. Einer der Gründe liegt in der Rechtsstaatlichkeit, wodurch Verurteilungen auf Beweisen basieren, nicht auf Mutmaßungen. Der hessische Staatsanwalt Fritz Bauer hat sich damit große Verdienste erworben, dass er Menschen mit Nazitäter-Vergangenheit anklagte. Aber ihm wehte ein Wind der Abneigung, vor allem unter Juristen-Kollegen, entgegen. Die NS-Ideologie war in den 1960er Jahren noch in wesentlich mehr Köpfen als heute. Kabisch legt den Schwerpunkt seiner Betrachtungen auf die Sowjetische Besatzungszone und die DDR.

→ nächste Seite oben

Im Jahr 1948 erging der SMAD-Befehl Nr. 35 [Sowjetische Militär-Administration], wonach die Entnazifizierung beendet gewesen sei. Von der SED [auch „Die Partei“ genannt] ging die Parole aus: „Wir reichen euch die Hände“. Sogar bis in eine hohe Ebene, etwa das Zentralkomitee, gelangten ehemalige NS-Mitglieder.

Die 1948 gegründete sogenannte Blockpartei NDPD wurde darüber hinaus als Auffangbecken für ehemalige Nazis gegründet. Dass das Verhalten innerhalb der SED nicht homogen war, zeigt das Beispiel des Wissenschaftlers Kurt Gräf, der drei Jahre Mitglied war. Er sah sich als Zeuge von NSDAP-Belasteten in den Reihen der Partei. Ein Zitat des Parteisekretärs seines Instituts macht es deutlich: „Seinen Austritt aus der Partei begründete Gräf damit, dass eine Reihe ehemaliger Mitglieder der NSDAP in die SED aufgenommen wurde. Dies deckt sich mit seiner Meinung, die er anlässlich einer Aussprache unseres Forschungsinstituts vertrat. Aus dieser konnte man schließen, dass er einen unversöhnlichen Hass gegen den deutschen Militarismus hegt und auch keine Zugeständnisse gegenüber ehemaligen Offizieren der deutschen Wehrmacht, die erkannt haben, dass sie einem verbrecherischen System dienten, macht“. Während der Nazizeit saß Gräf als Gefangener der Nazis im Gefängnis Lehrter Straße in Berlin wegen „Wehrkraftzersetzung“, in der SED-Zeit saß er wegen „Staatsfeindlicher Hetze“ im Zuchthaus Waldheim. Gräf sagte, der Staatsanwalt am Gericht in Karl-Marx-Stadt [heute wieder Chemnitz] sei der Erste gewesen, der ihm vorwarf, schon in der NS-Zeit ein Staatsfeind gewesen zu sein. [Die Informationen zu Gräf sind einer anderen Regionalstudie entnommen.]

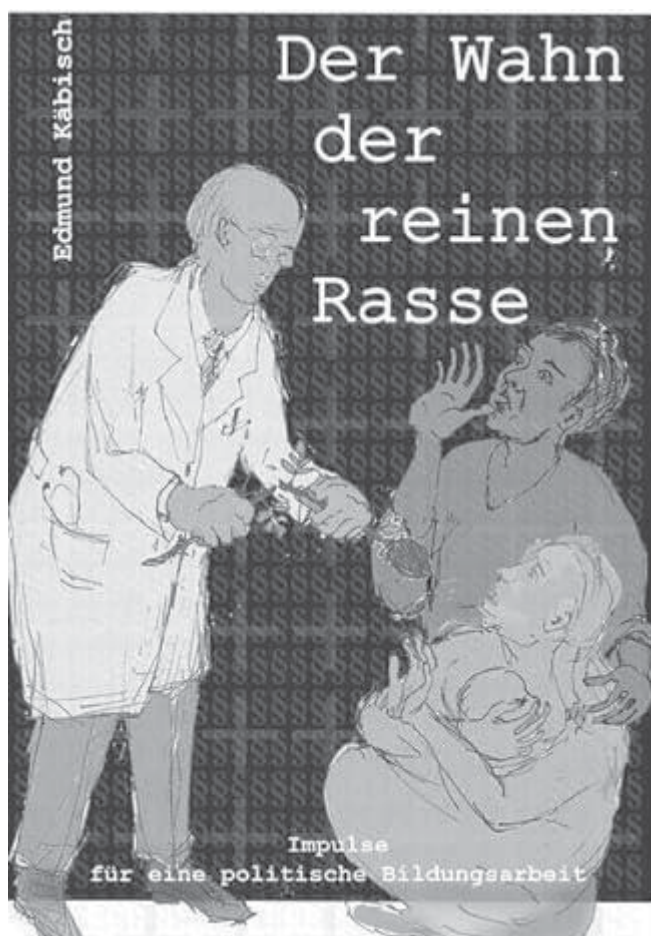
Die Unterabteilung 11 der Untersuchungsabteilung (HA IX/11) beherbergte das „Nazi-Archiv“. Das Archiv mit NS-Akten, vom Umfang 11 km, diente ausschließlich der geheimdienstlichen Arbeit der Stasi und war für zivile Historiker unzugänglich. Während der Fried-

lichen Revolution wurde die Stasi aufgelöst, und im vereinigten Deutschland verabschiedete der Bundestag 1991 das Stasi-Unterlagen-Gesetz. Das NS-Archiv wurde der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen (BStU, seit 2021 Bundesarchiv) übergeben. Was früher als strikt geheim galt, wurde für die Forschung geöffnet. Unter hauptberuflichen Stasi-Leuten sind zwar keine ehemaligen Nazis bekannt geworden, jedoch wurden schwerbelastete NS-Verbrecher als „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM) des MfS angeworben. In

manchen Fällen konnten NS-Belastete als Ärzte weiterarbeiten, etwa ein Kinderarzt in Jena. Er erhielt sogar den „Nationalpreis“ der DDR. Früher überwies er Kinder zur „Euthanasie“. Ein anderer SS-Verbrecher und außerdem ein Hochstapler gab sich als Arzt aus, war aber nur ein ehemaliger Medizinstudent. 1947 wurde er in Dresden zu 20 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Im Haftkrankenhaus Leipzig-Kleinmeusdorf [meist Meusdorf genannt] arbeitete er, zwar war er nur Häftling, aber als Arzt. 1955 wurde er entlassen. Ein unter ehemaligen Häftlingen des sowjetischen Internierungslagers Sachsenhausen heiß diskutierter Fall ist ein Euthanasie-Arzt und T4-Gutachter. In Sachsenhausen behandelte er Mitgefangene, wofür bis in die Gegenwart Dankbarkeit geäußert worden ist. 1952 wurde er aus der Haft entlassen. Das Angebot, als Polizeiarzt eingestellt zu

werden, lehnte er ab, er verschwand in den Westen.

Die DDR versuchte Einfluss auf die westdeutschen Euthanasie-Prozesse in Frankfurt/Main zu



nehmen. Dabei spielte der Anspruch auf Anerkennung der DDR als Staat eine wesentliche Rolle. Rechtshilfeersuchen Fritz Bauers kollidierten damit. Prof. Friedrich Karl Kaul, im Westen zugelassener Anwalt, musste sich damit auseinandersetzen. Auf der Ebene der Justiz war Generalstaatsanwalt Josef Streit, auch als Vertrauter des „Freikauf-Anwaltes“ Wolfgang Vogel bekannt, involviert. Personen, die als Zeugen in die Bundesrepublik eingeladen wurden, durften nicht reisen [die Berliner Mauer war schon gebaut]. Politik mit der NS-Vergangenheit. Erst infolge eines Rechtshilfeersuchens wurde ein anderer schwerbelasteter Täter vom MfS verhaftet. Kabisch zitiert den Historiker Jochen Staadt vom Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin, der die propagandistischen Aktionen dieser Partei als „Poker mit NS-Akten“ versteht.

→ nächste Seite oben

„Die SED, das MfS und die von ihnen gesteuerte Generalstaatsanwaltschaft betrachteten die in ihrem Besitz befindlichen NS-Akten als Faustpfand im politischen Geschäft. Viel wichtiger als die Verfolgung und Bestrafung der Täter des NS-Unrechtsstaates war diesen DDR-Piefkes die völkerrechtliche Anerkennung ihres eigenen Zwergstaates“.

Edmund Käbisch urteilt: „Das Ergebnis meiner Recherchen ist, dass die juristische Aufarbeitung in SBZ und DDR nicht mit dem Ziel der Würdigung der ungezählten Opfer geschah, sondern vielmehr der Entnazifizierung der NS-Medizinverbrecher und deren Wiedereingliederung. Ihre Fähigkeiten wurden zum Aufbau des Sozialismus gebraucht“.

Politische Bildung, das Impulsheft

Das Heft enthält viele Dokumente zu den NS-Medizinverbrechen, die als Grundlage für die Bearbeitung der zu jedem Einzelthema aufgestellten Fragen dienen. Im Begleitheft (Impulsheft) zum Buch heißt es, „Käbisch dokumentiert die Art und Weise, wie diese [die NS-Medizinverbrechen] in SBZ und DDR politisch und propagandistisch instrumentalisiert wurden.“

Durch das Buch von Dr. Edmund Käbisch und das Begleitmaterial (Impulsheft) erhalten Schüler Einblicke in verschiedene Aspekte der jüngeren deutschen Geschichte. Nicht zuletzt sind sie in die Lage versetzt, wissenschaftspropädeutisch zu arbeiten. Junge Menschen sollen befähigt werden, sich mit antihumanem und totalitärem Gedankengut auseinanderzusetzen. Dazu ist das Buch von Käbisch samt Begleitmaterial hervorragend geeignet. Für die Förderung durch die sächsische Schulbehörde (Verfügungsstellung für die Schulen) und die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (finanzielle Unterstützung) ist im Sinne der Aufarbeitung und der politischen Bildung zu danken. Und natürlich dem Autor, nicht zuletzt für die aufwändige Recherchearbeit.

Edmund Käbisch: **Der Wahn der reinen Rasse.** Eine Dokumentation der juristischen Aufarbeitung der NS-Medizinverbrechen in SBZ und DDR für eine politische Bildungsarbeit. *Moers 2023, 347 S*

Bernd Lippmann, Oberstudienrat a. D.
Vorstandsmitglied im Stasimuseum Berlin

Katastrophenschutz für VOS?

(FG) Wieder einmal wird die Frage aufgeworfen, ob die VOS einen Hilfsfonds einrichten sollte, der in Zeiten schwerer Katastrophen betroffenen Mitgliedern eine finanzielle Überbrückung bietet. Unser Kamerad Ferdinand Gesell hat sich Gedanken gemacht, da – nicht nur ihm – die Bilder der Hochwasser-Situation sowie des anschließenden Schneetreibens angst gemacht haben. Die VOS hatte eine Spendenaktion vor etwa 15 Jahren ins Leben gerufen, als in den Mittelgebirgen schwere Überschwemmungen auftraten. Damals spendeten Mitglieder für Mitglieder. Diejenigen, die davon profitierten, waren des Dankes voll.

(Vollständiger Leserbrief nächste Ausgabe)

Immer noch aufrüttelnd: zehn Jahre Zeitzeugenerinnerungen

Der sächsische Landesverband der VOS darf ein Jubiläum feiern: In Kürze erscheint der 10. Band seiner Schriftenreihe „Erinnerungen an politische Gefangenschaft“. Das Buch wird am 23. März 2024 beim Bürgerkomitee Leipzig mit einer Lesung und einem Zeitzeugengespräch präsentiert.

Seit 2014 dokumentiert die VOS Sachsen die Haftschicksale ihrer Mitglieder in ausführlichen audiovisuellen Interviews und publiziert sie in ihrer Schriftenreihe. Nun wird der 10. Jubiläumsband mit dem Titel „Da verstand ich das erste Mal, was Freiheit bedeutet“ herausgegeben. Er erzählt vier Biografien von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die von der Macht des SED-Regimes nachhaltig geprägt wurden.

Kerstin Meisner und Karl Micklisch wurden aufgrund von Fluchtversuchen in die CSSR inhaftiert und verurteilt und später von der Bundesrepublik freigekauft. Günther Werner kam in politische Haft, weil er Parolen schrieb und Flugblätter klebte. Ihm gelang ein spektakulärer Ausbruch aus dem Haftarbeitslager Oelsnitz, doch er wurde beim anschließenden Grenzdurchbruch verraten und erneut verurteilt. Besonders tragisch ist das Schicksal von Ilona Hein, die als Neunjährige in das Kinderheim „Erich Weinert“ in Holzdorf zwangseingewiesen wurde. Dort erlebte sie psychische und physische Gewalt und sexuellen Missbrauch.



Die vier Lebensgeschichten zeigen die erschreckende Vielfalt des Unrechts auf, das unangepassten Menschen in der DDR widerfahren konnte, aber auch die unterschiedlichen Bewältigungsstrategien der Betroffenen.

Die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-

Diktatur beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke, hat den Jubiläumsband mit einem Vorwort bereichert.

Bei der Buchpräsentation am 23. März werden Kerstin Meisner und Günther Werner aus ihren Biografien berichten und dem Publikum Fragen beantworten.

Wir laden Sie herzlich ein zur Lesung mit Zeitzeugengespräch am 23. März 2024 um 18 Uhr im Kinosaal der Runden Ecke Leipzig (Dittrichring 24, 04109 Leipzig).

Ariane Zabel

Verurteilt wegen eigener Meinungen und Veröffentlichungen

Die DDR-Ideologen verschafften Andersdenkenden schon früh Haftstrafen in enormer Höhe

Am 25. August 1964 wurden wir, aus mehreren DDR-Zuchthäusern freigekaufte Häftlinge, in mehreren Bussen mit Hanauer Kennzeichen über den Grenzübergang Wartha/Herleshausen nach Hessen gebracht und verbrachten die erste Nacht in Freiheit im Schloss Büdesheim, von wo wir am nächsten Morgen entlassen wurden. Wir waren rund 800 politische DDR-Häftlinge, für die die Bundesregierung in Bonn 32 Millionen Westmark gezahlt hatte.

Beim Frühstück am nächsten Morgen saß neben mir ein Mann, der den Leipziger Schriftsteller Erich Loest, der 1958 wegen „konterrevolutionärer Gruppenbildung“ zu siebeneinhalb Jahren Straftaft verurteilt worden war, im Zuchthaus Bautzen II kennen gelernt hatte. Er hätte sich gegenüber seinen Mithäftlingen wie ein echter Kamerad verhalten im Gegensatz zu Philosophieprofessor Dr. Wolfgang Harich, der wegen „Bildung einer konspirativen staatsfeindlichen Gruppe“ 1957 nach Niederschlagung des Ungarnaufstands im Herbst 1956 zu zehn Jahren Straftaft verurteilt und nach acht Jahren begnadigt worden.

Aus Angst vor der Todesstrafe, die ihm die „Staatssicherheit“ angedroht hatte, erklärte er im Schlusswort vor Gericht: „Mir ist es klar, dass der Staatssicherheit zu danken ist, dass sie also unseren Staat vor größerem Schaden bewahrt hat ... und wenn sie mich nicht festgenommen hätten, dann wäre ich heute nicht reif für die zehn Jahre, die der Herr Generalstaatsanwalt beantragt hat, sondern für den Galgen.“

Eingeladen, dem Prozess beizuwohnen, waren auch die Schriftstellerin Anna Seghers (1900 – 1983), die Vorsitzende des DDR-Schriftstellerverbands, und die Schauspielerin Helene Weigel (1900 – 1971), die Witwe von Bertolt Brecht (1898 – 1956), die die Vorgänge auf der Gerichtsbühne fast teilnahmslos verfolgten, ohne ein Wort des Einspruchs. Wolfgang Harich, der vor seiner Verhaftung mehrfach versucht hatte, in der deutschen Literaturge-

schichte Anknüpfungspunkte für eine materialistische Interpretation der Literatur zu finden, hatte 1954 im Ostberliner Aufbau-Verlag das Herder-Buch des schlesischen Literaturhistorikers Rudolf Haym (1821 – 1901) ediert. Dieses Werk mit dem Titel „Herder nach seinem Leben und seinen Werken dargestellt“ (1880/85) war mit einer 95-seitigen Einleitung Harichs ausgestattet. Vier Jahre später, 1958, als der verurteilte Wolfgang Harich längst im Zuchthaus Bautzen II einsaß, erschien eine zweite Auflage des Herder-Buches, in welchem die Einleitung ohne Angabe von Gründen ersatzlos gestrichen war.

Haftjahre

Die Anklage im Prozess gegen Wolfgang Harich vertrat Generalstaatsanwalt Ernst Melsheimer (1897 – 1960), der von 1949 bis 1960 im Amt war. Er SPD-Mitglied 1928/33, trat nach der Machtergreifung am 30. Januar 1933 aus seiner Partei aus, um Landgerichtsdirektor in Berlin bleiben zu können, und wurde ein „furchtbarer Jurist“ (Rolf Hochhuth) im Dienste des Nationalsozialismus, obwohl er nie NSDAP-Mitglied war. Nach Kriegsende 1945 trat er in die KPD ein und wurde 1946 SED-Mitglied.

Wolfgang Harichs Eltern und Großeltern waren in der ostpreußischen Hauptstadt Königsberg, dem Krönungsort der preußischen Könige seit 1701, ansässig. Seine beiden Großväter waren Herausgeber angesehener Zeitungen in Ostpreußen, der Allensteiner Zeitung und der Königsberger Allgemeinen Zeitung, sein Vater Walther Harich (1888 – 1931) war Schriftsteller und Literaturhistoriker. Er wurde 1914 in Freiburg/ Breisgau mit einer Arbeit über E.T.A. Hoffmann (1776 – 1822) promoviert und edierte später eine Biografie (1920) und eine Gesamtausgabe (Weimar 1924) der Werke des in Königsberg/Preußen geborenen Schrift-

stellers. Die spätere DDR-Schriftstellerin Susanne Kerckhoff (1918 – 1950), die am 15. März 1950 in Ostberlin Selbstmord beging, stammte aus Walther Harichs erster Ehe, war also Wolfgang Harichs Halbschwester.

Wolfgang Harich, der 1944 aus der Wehrmacht desertiert war, konnte sich bis zum Kriegsende in Berlin-Dahlem verstecken und wurde im Mai 1945 von Wolfgang Leonhard (1921 – 2014), dem jüngsten Mitglied der am 30. April 1945 aus Moskau eingeflogenen „Gruppe Ulbricht“, aufgesucht, wie man in seinem Buch „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ (1955) nachlesen kann, und war 1945 an der Gründung des „Kulturbunds zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ beteiligt. Er arbeitete zunächst als Literatur- und Theaterkritiker, seit 1948 hielt er Vorlesungen in marxistischer Philosophie in Ostberlin.

Nach 1951 wurde er Professor an die Humboldt-Universität. Seit 1953 war er gemeinsam mit dem Leipziger Philosophieprofessor Ernst Bloch (1885 – 1977) für die neugegründete „Deutsche Zeitschrift für Philosophie“ verantwortlich.

Zwei Dutzend DDR-Intellektuelle nahmen die Forderungen des „Prager Frühlings“ von 1968 vorweg

Wegen seiner Kritik an der DDR-Kulturpolitik nach dem Aufstand vom Juni 1953 musste Wolfgang Harich seinen Ostberliner Lehrstuhl aufgeben und wurde 1954 Cheflektor im Aufbau-Verlag, wo er die Werke des ungarischen Literaturhistorikers Georg Lukacs (1885 – 1971) betreute. Leiter des Aufbau-Verlags war seit 1945 der Mexiko-Emigrant Walter Janka (1914 – 1994), mit dem Wolfgang Harich lange Gespräche über die Ablösung Ulbrichts (1893 – 1973) führte, weshalb er am 29. November 1956, nach Niederschlagung des Ungarnaufstands, verhaftet und 1957 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

→ nächste Seite oben

→ von voriger Seite unten

Walther Janka bekam fünf Jahre. Gustav Just (1921 – 2011) und Heinz Zöger (1915 – 2000), beide Angeklagte waren Redakteure der Wochenzeitung „Sonntag“, wurden zu vier und zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Bernhard Steinberger (1917 – 1990), der 1936 aus Deutschland emigriert war, wurde schon 1950 von der russischen Besatzungsmacht in Ostberlin verhaftet und zu 15 Jahren Straflager verurteilt wegen seiner Kontakte zu dem amerikanischen Diplomaten Noel Field (1904 – 1977), der als Spion galt. Nach fünf Jahren wurde Bernhard Steinberger begnadigt und kehrte 1955 aus dem Lager Workuta nach Ostberlin zurück, wurde aber schon 1956 als Anhänger Wolfgang Harichs erneut verhaftet und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Ostberliner Intellektuellen, die eine Ablösung Walter Ulbrichts anstrebten und scheiterten, hatten Sympathisanten an den Universitäten in Halle und Leipzig. Zu ihnen gehörte auch Günter Zehm (1933 – 2020), der an einer marxistischen Anthropologie arbeitete. Nachdem sein Doktorvater Ernst Bloch seit 1957 die Leipziger Universität nicht mehr betreten durfte, war er an die Universität Jena verbannt worden, wurde am 5. Juni 1957 verhaftet und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Er wurde im Dezember 1960 entlassen und zur Arbeit in einen Betrieb seiner Heimatstadt Crimmitschau eingewiesen, im Januar 1961 floh er nach Westberlin. Ernst Blochs Leipziger Assistent Jürgen Teller (1926 – 1999) dagegen wurde nicht verhaftet, sondern „zur Bewährung in die Produktion“ geschickt, wobei ihm im Leipziger Eisen- und Stahlwerk der linke Arm abgerissen wurde. Nach Ernst Blochs „Republikflucht“ im Sommer 1961 wurde sein Promotionsverfahren 1962 eingestellt. Er konnte allerdings 1967 promoviert werden. Nach dem Mauerfall 1989 wurde er rehabilitiert und erhielt 1991 eine Honorarprofessur für Philosophie an der Leipziger Universität. Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung wurde er 1999 am Leipziger Südfriedhof beigesetzt.

Auch der Schriftsteller Erich Loest und sein Freund Gerhard Zwerenz waren aufgeschlossen für die politischen Bestrebungen Harichs und seiner Freunde. Gerhard Zwerenz, der ahnte, dass seine Verhaftung bevorstand, floh im Sommer 1957 nach Westberlin. Erich Loest, der der Aufforderung, sich von seinem Freund zu distanzieren, nicht nachkam, wurde am 14. November 1957 verhaftet und am 22. Dezember 1958 wegen „konterrevolutionärer Gruppenbildung“ zu siebeneinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Spätsommer 1964 entlassen, durfte er bis 1968 nur unter dem Pseudonym „Hans Walldorf“ Kriminalromane veröffentlichen. Die zwei Dutzend DDR- Intellektuellen, die die Forderungen des „Prager Frühlings“ von 1968 vorwegnahmen, sind heute vergessen. Ihr politisches Wirken fand zur Unzeit statt, weil der Ungarnaufstand (23. Oktober bis 4. November 1956), der als vom Westen inszenierte Konterrevolution denunziert wurde, jede Hoffnung auf ideologische Lockerungen zunichtemachte. Geblieben sind die wissenschaftliche Aufarbeitung und die Erinnerungsliteratur. So veröffentlichte der Politikwissenschaftler Martin Jänicke 1964, im Jahr der Entlassungswelle aus DDR-Gefängnissen, das Buch „Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1963“. In seiner Autobiografie „Ahnepass“ (1999) geht Wolfgang Harich auf die Reformbestrebungen von 1956 ein. Erich Loest veröffentlichte seine Einschätzung 1956 unter dem Titel „Prozesskosten“ (2007).

Martin Jänicke's Buch, das die Jahre 1953/63 umfasst, ist die erste umfassende Darstellung der Oppositionsbewegung in der frühen DDR, deren Vorwort ein Beteiligter, Manfred Hertwig (1924 – 2006), geschrieben hat. Er war seit 1953 Redaktionssekretär der von Bloch und Harich neugegründeten „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ und, neben Harich und Janka, Mitverfasser der „Plattform für den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“. Er wurde zu zwei Jahren Straftat verurteilt und ging dann nach Hamburg.

Dr. Jörg Bernhard Bilke

RÜG: Betroffene bitten um Gehör

IEDF wendet sich an Verfassungsrechtler vom Arnim

Obwohl fast alle Schreiben an Politiker, Medienvertreter und die Petitionsstelle unbeantwortet geblieben sind, gibt der Verein IEDF nicht auf. In einem weiteren Brief an Verfassungsrechtler von Arnim, das der IEDF-Vorsitzende Jürgen Holdefleiß verfasst hat, werden das Unrecht und die jahrelange Ignoranz erneut dargestellt. Lesen Sie nachstehend zunächst das Begleitschreiben. Den Fg-Lesern ist die Situation bekannt.

Sehr geehrter Herr Prof. von Arnim, in einer Angelegenheit, die für eine bestimmte, klar umrissene Klasse von Deutschen von enormer Wichtigkeit ist, habe ich mich mit Schreiben vom 7. November 2023 an das Kuratorium „!mehr demokratie“ gewandt. Ich glaube davon ausgehen zu müssen, daß dieser Brief Sie nicht erreicht hat. Aus diesem Grunde schicke ich ihn noch einmal online. Der Anspruch, dem sich „!mehr demokratie“ verpflichtet sieht, hat uns dazu bewogen, Ihnen den Fall vorzutragen. Es geht um das politische und sozialrechtliche Schicksal derer, die in der Zeit der Teilung Deutschlands aus der DDR geflohen waren und in der freiheitlichen Bundesrepublik Deutschland eine neue Sozialisierung haben verwirklichen können. Handlungsträger des Konfliktes – besser Handlungsverweigerer – sind die regierungstragenden Parteien. Herr Prof. Dr. Detlef Merten hatte sich in der Vergangenheit bereits sehr deutlich zu diesem Konflikt geäußert (Symposium der UOKG in Berlin 2012, ARD Fernsehen 2017). In anliegendem Brief versuche ich, den Grundkonflikt in aller Kürze darzustellen. Im Namen des Vorstands der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR- Flüchtlinge e. V. bitte ich Sie herzlich, sich dieser Angelegenheit anzunehmen.

Für Fragen bin ich jederzeit erreichbar.

Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß (Vors.)
Anm.: RÜG steht für Rentenüberleitungsgesetz

Das ist meine Forderung, das bin ich den Verstorbenen schuldig!

Der Anspruch auf eine Neubewertung der Häftlinge der sowjetrussischen Speziallager in der SBZ / DDR durch die deutsche Geschichtsschreibung ist nicht zu leugnen / von Bernd Müller-Kaller

Die übliche Bezeichnung der Speziallager-Häftlinge und der in den Gefängnissen nach 1945 Inhaftierten in der SBZ als „Naziverbrecher“ war 40 Jahre lang eine gängige Praxis in der Politik und in den Medien der DDR. Es gab darüber hinaus keine Differenzierungen, obwohl in nicht seltenen Fällen sogar Kinder dort inhaftiert waren wie ein neunjähriger Junge im Gefängnis Münchner Platz 1945 in Dresden, den die Russen folterten, oder der Zwölfjährige, der im Speziallager Mühlberg inhaftiert war. Sogar die sieben Juden, die im Speziallager Buchenwald bis 1950 gefangen gehalten wurden, lassen die heute noch gängige Geschichtsbewertung hohnsprechen.

Kurios ist der Bericht von Anton Bachmair über den Fußmarsch unter russischer Bewachung mit anderen Gefangenen in das Lager Mühlberg: „Einem Kameraden gelang es, verdeckt durch ein Gebüsch zu fliehen. Die beiden Posten haben die Flucht erst bemerkt, als sie beim Weitergehen ihre Gefangenen zählten ... Wir waren noch nicht weit gekommen, als wir einen Mann sahen, der auf einer Wiese mit Heuarbeiten beschäftigt war. Einer der beiden Soldaten ging auf ihn zu und zwang ihn mitzukommen.“ Ist dieser Mann, der nur die Anzahl der Häftlinge ausgleichen sollte, etwa auch ein Naziverbrecher gewesen?

Umso verwunderlicher war es für mich und für viele Ostdeutsche, besonders aber für die ehemaligen Speziallagerhäftlinge, dass nach 1989 westdeutsche Historiker das verfälschende Vokabular übernahmen. Nur sehr wenige Historiker kenne ich, wie etwa Achim Kilian von der Universität Nürnberg Erlangen, der selbst Speziallagerhäftling war, oder Prof. Dr. Wolfgang Schuller von der Universität Konstanz und Karl Wilhelm Fricke, die sich davon abgrenzten und die Speziallagerhäftlinge wahrheitsgemäß einordneten. Fast alle anderen westdeutschen Historiker, die sich mit Zeitgeschichte befassten, vor allem die, die dann die Leitung der Gedenkstätten im Osten übernahmen, führten die Gedenkstätten zunächst im Sinne der kommunistischen

DDR-Interpretation weiter. Für sie handelte es sich um NS- Kriegsverbrecher. Speziallagergedenkstätten wollte man zuerst gar nicht zulassen. Erst nach langen Auseinandersetzungen wurde ein Gedenken erlaubt, dies aber nur eingeschränkt. Noch Ende der 1990er Jahre und darüber hinaus sprach z. B. Prof. Knigge in Buchenwald davon, dass die Insassen der Speziallager NS-Funktionsträger gewesen wären, somit seien sie durchweg schuldig.

Meine eigene und auch andere Forschungen konnten bisher keine Quellen vorlegen, die eine Anzahl eindeutig schuldiger NS- Kriegsverbrecher in den Speziallagern beweisen. Außerdem verwechselten die Russen in ihren formalen Beschuldigungen viele, wie mir z. B. Eberhard Hoffmann aus seiner Haft im Speziallager Mühlberg erzählte: „Die 35 inhaftierten Reichsgerichtsräte, die sie besonders quälten, verwechselten sie mit den Richtern im NS-Volksgerichtshof, einen Generalvertreter von einer Versicherung verwechselten sie mit einem General, einen Stadtsekretär mit einem Staatssekretär ...“ Auch die sogenannten „Waldheimer Prozesse“ in der DDR entpuppten sich nach 1989 als Farce. Dr. Klaus-Dieter Müller, Mitarbeiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, teilte als Ergebnis seiner Forschung sogar mit, dass nur ein (!) Prozent mit Verbrechen belastete Gefangene in den Lagern gewesen seien.

Das Zitat: Tatsachen muss man kennen, bevor man sie verdrehen kann.
Mark Twain

Schon die einfache Logik vermittelt uns, dass sich jeder Naziverbrecher seiner Schuld bewusst gewesen sein müsste und daher nicht auf die Ankunft der Russen gewartet, sondern es vorgezogen haben wird, in den Westen zu flüchten. Und dies legt nahe, dass sich die allermeisten Naziverbrecher im Westen befanden. Wie entsprechende Dokumente der Alliierten beweisen, wurden zwischen 1945 und 1951 ca. 5.000 Naziverbrecher in den westlichen Besatzungszonen abgeurteilt, davon ca. 1.000 zum Tode, von denen ca.

600 hingerichtet wurden, die anderen hatte man begnadigt. Spezielle Verfahren wie der Auschwitz-Prozess, waren die Ausnahme. Viele verantwortliche Täter (Karl Jaspers spricht von 14.000 bis 18.000) in der alten Bundesrepublik und Westberlin, von denen Listen existierten, blieben unbehelligt und konnten ein normales Leben weiterführen. So waren z. B. nach 1949 beim Westberliner (Schöneberger) Senat Nr. 23 zahlreiche verantwortliche Nazis vom früheren Volksgerichtshof beschäftigt. In 32 Prozent des Westberliner Polizeipräsidiums waren nach 1949 wieder NS- Beamte tätig. Ähnliche Besetzungen von Dienststellen könnten auch in der Verwaltung von Großstädten in der Bundesrepublik angeführt werden. In Westberlin gab es damals zudem 74 Traditionsverbände aus der NS-Zeit, u. a. Stahlhelm, HIAG, Kyffhäuser-Bund, Bärendivision, Afrika-Corps, Marinebund, Bund der Fallschirmjäger usw. Die Spuren der allermeisten Kriegsverbrecher führen somit in die alliierten Besatzungszonen des Westens.

Abschließend zitiere ich hier Achim Kilian. Er schreibt: „So gelang den Organen trotz aller verwahrten ‚Hitleristen‘ die gebotene Bestrafung der wirklich Schuldigen an Hitlers Barbarei nicht. Ihre Kontingente umfassten weder „die Nazi und Kriegsverbrecher“ noch eine messbare Zahl Gefangener mit ‚weniger schweren Belastungen.‘“ ... „Der Verhaftete wurde hinsichtlich seiner verbrecherischen Tätigkeit entlarvt“, blieb ebenso eine intern hilfreiche Behauptung wie die Floskel „führte als NSDAP-Mitglied einen aktiven Kampf gegen die Sowjetmacht“ ... „Die meisten in diesen Spezialkontingenten der sowjetrussischen Lager unterschieden sich in ihrer NS-Vergangenheit kaum oder gar nicht von denen, die draußen geblieben waren. Andere Insassen wieder waren vorher im NS-KZ gewesen, oder nach 1945 in KPD, SPD, CDU oder LDP aktiv und suspekt geworden oder standen als Fabrikanten oder Gutsbesitzer der Enteignung im Wege.“

→ nächste Seite oben

Die Geheimhaltung verschärfte alles und förderte die Gerüchte und Ängste unter der Bevölkerung. Zur Tarnung wurde zwischen 1948 und 1950 in den Medien der SBZ/DDR von „Internierten“ und „Internierungslagern“ gesprochen, als über die Lagerauflösung berichtet werden musste (übrigens verfälschende Begriffe, die westdeutsche Historiker auch nach 1990 noch verwendeten).

Daher ist die ständige Wiederholung westdeutscher Politiker, Historiker und Journalisten, dass in den in Ostdeutschland bzw. in der SBZ gelegenen sowjetrussischen Speziallagern viele „Naziverbrecher“ inhaftiert waren, eine klare Lüge.

Man soll endlich aufhören, sie zu verbreiten! Das ist meine Forderung und das bin ich meinen verstorbenen Freunden schuldig, die als Werwolf verdächtige Jugendliche wie Benno Prieß, Rudolf Hinrichs, Dr. Horst Wiener, Werner Dietz, Günter Schmalfuß, Siegfried Walther, Eberhard Hoffmann, John Noble, Günter Mühle, Harald Möller und Tausende andere, dem großartigen Sozialdemokraten Heinz Richter (zeit seines Lebens VOS-Mitglied und zuverlässiger Leser der Freiheitsglocke) und Dieter Riecke, den vielen CDU-Mitgliedern, die in diesen Lagern unerträgliche Leiden durchmachen mussten – ohne Schuld.

Die von mir in kurzen Umrissen gezeigte Einordnung der sowjetrussischen Speziallagerhäftlinge ist heute ein Gebot wahrheitsgetreuer Geschichtsschreibung. Diese Frage ist für mich eine Grundsatzfrage der deutschen Geschichte von 1945 bis 1950 und der Gedenkstättenpolitik. Sie ist auch eine Frage des Urteilsvermögens in den hier gezeigten Zusammenhängen. Nach Immanuel Kant ist „Urteilkraft ein besonderes Talent, welches gar nicht belehrt, sondern nur geübt sein will. Der Mangel an Urteilkraft ist das, was man Dummheit nennt.“⁴¹

Dr. Bernd Müller-Kaller, 2024

Anm. d. Red.: Der Autor bezieht sich auf die nachstehenden Quellen. Sie konnten wegen der Fg-Formatierung nicht direkt zugeordnet werden, sind aber bei Interesse abrufbar:

NOBLE, John H.: Verbannt und verleugnet, Dresden 2005, S. 27-37.

BACHMAIR, Anton: Erinnerungen an die Zukunft. Ein Zeugnis, Ratingen, S. 153 f.

MÜLLER-KALLER, Bernd: GEWALT tschekistisch, Hamburg S. 136-138.

KILIAN, Achim: Zur Struktur des sowjet. Sicherheitssystems in Deutschland nach 1945, Weinheim 2000.

KANT, Immanuel: Kritik der reinen Vernunft, Leipzig 1979, S. 984.

MÜLLER, Klaus-Dieter: Vortrag auf dem Bildungszentrum Westgräben der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit dem Regierungspräsidium Magdeburg, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle, März 2000.

Vgl. auch Zeitschrift „Freiheitsglocke“ Nr. 4, April 2000. MÜLLER-KALLER, Bernd: Ein Leben mit dem Trauma Waldheim, Dresden, VOS Sachsen e.V. 2021.

JASPERS, Karl: Wohin treibt die Bundesrepublik, München, Piper 1965.

Was wir (auch) nicht vergessen sollten

Das DDR / K n a s t l e x i k o n

In dieser Reihe möchten wir Ihnen einige teils außergewöhnliche Ausdrücke / Begriffe erklären, die in der DDR nicht nur in der Haft verwendet wurden und die man keinesfalls vergessen sollte.

Heute: Abfahren

Das *Abfahren* hat nichts mit Verkehrs- oder Fortbewegungsmitteln Rädern zu tun. Es besteht kein Zusammenhang mit Straßen, Schienen oder Wegen. In der Haft bedeutete A., sich ins Bett bzw. auf die Pritsche zu legen, die Augen zu schließen und trotz mitunter tumultartigen Lärms einzuschlafen. „Ich fahr ab“, rief der übermüdete Häftling, und dann schlief er.

Igor Gerd Lesnikow

Anm. d. Autors: Sehr gern nehmen wir Ihren/deinen Beitrag – mit oder ohne Nennung des Namens – in diese noch in der Entwicklung befindliche, mittlerweile aber stark anwachsende Rubrik auf.

Mit großer Trauer haben wir vom Tod unseres langjährigen Vereinskameraden

Bodo Stolle

* 18. November 1963

† 12. November 2023

erfahren. In dieser schwierigen Zeit möchten wir seinen Angehörigen unser tiefes Mitgefühl aussprechen. Bodo, du wirst auch weiter bei uns sein. Bodo Stolle, der in Stralsund lebte, trat der VOS in den 1990er Jahren nach der Wiedervereinigung bei. Er war ein freundlicher und zuverlässiger Kamerad.

André Rohloff

Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern

Bundesvorstand, Redakteur

Hohes soziales VOS-Engagement

(Fg/ André Rohloff In der Adventszeit besuchten Mitglieder und Freunde der Vereinigung der Opfer des Stalinismus/Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus Neubrandenburg sich gegenseitig:

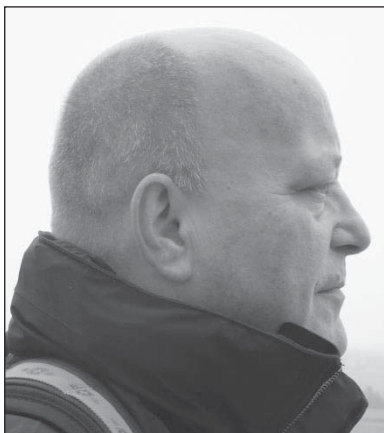


Foto: Besuch im Pflegeheim bei Vereinskamerad Uwe Schmucker, dem unser Verband viel bedeutet und der unserer VOS sehr wichtig ist. Bundesvorstand und Redakteur danken für diese großartige Initiative.

Im Einklang mit dem Pulsschlag der VOS

Der Bundesvorsitzende wurde im Januar 70 Jahre

Nachträgliche Glückwünsche gehen an den Bundesvorsitzenden und langjährigen Leiter der Geschäftsstelle Hugo Diederich, der am 10. Januar sein siebtes Lebensjahrzehnt vollenden durfte. Kamerad Diederich ist seit Anfang des Jahrtausends für die VOS tätig, er ist seit dieser Zeit in den wichtigen Gremien des Verbandes vertreten, ordnet die Finanzen und verkörpert gegenüber der Politik und den Institutionen unseren Verband.



Der aus dem Eichsfeld stammende bekennende Katholik stand der DDR früh kritisch gegenüber und gelangte 1987 durch Freikauf aus der Haft in die Bundesrepublik. Eine seiner besonderen Stärken liegt in der Kontaktpflege mit älteren Kameraden, aber auch in Situationen, in denen Schlichtungen oder Aufklärungen erforderlich sind. (Nicht nur) Die Mitglieder gratulieren herzlich. **ARK**

Ein willkommener Nachtrag für 2023

Nachzahlung half vielen Betroffenen in Sachsen

Am Jahresende 2023 bzw. zum 1. Januar 2024 bekamen einige Kameradinnen und Kameraden aus Sachsen eine unerwartete Entschädigungszahlung von 400 Euro. Die gesundheitliche Rehabilitation wurde von 150 Euro auf 400 Euro erhöht. Das kam natürlich gut an, und es war – denkt man an die steigende Inflationskurve und die vielen finanziellen Lasten – mehr als ein Trostpflaster. Es war nach sehr langer Zeit die erste Aufbesserung für uns Betroffene.

Die Entschädigung wird, wie es heißt, auch bundesweit wirksam.

Die Anweisungen für unser Bundesland kamen vom Kommunalen Sozialverband Sachsen, Fachbereich Entschädigungsrecht. Nach Rücksprache mit der Bearbeiterin können nun auch alle, die die gesundheitliche Rehabilitation noch nicht eingereicht haben, formlose Anträge stellen. Auch für abgewiesene Anträge können erneute Feststellungen beantragt werden.

Für die Betroffenen war es überraschend und erfreulich, dass das Jahr 2024 so gut anfängt. Der Landesvorstand der VOS hofft, dass von der Zahlung viele profitieren konnten. Noch besser wäre allerdings die Nachricht gewesen, dass es eine Erhöhung der Opferrente (Besonders Zuwendung) gegeben hätte. Wir warten sehr darauf.

Frank Nemetz, Vorsitzender VOS-Landesverband Sachsens

Dieses Jahr: Jeden Monat eine Neue?

Parteienneugründungen gehören jetzt zum Alltag

Die politisch interessierten Bürger und Bürgerinnen des Landes haben müde gelächelt, als nun auch noch Hans Georg Maßen die ernste Absicht äußerte, eine eigene Partei zu gründen. Nach der überbewerteten Gründungsprozedur des BSW ist dies die nächste ausgehöhlte Sensation. Maßen, der die konservative Werteunion in eine Partei umwandeln will, glaubt an einen Erfolg, die Medien sagen ihm zumindest den Einzug in den Bundestag voraus, wie sie ja auch behauptet haben, 17 Prozent der Deutschen würden Sahra Wagenknecht zur Kanzlerin wählen.

In diesem Land haben sich schon viele getäuscht, die sich mit und in Parteien versucht haben. Allein die Vielzahl der Staffeln, die in der AfD weitergegeben wurden, belegt die Erkenntnis, Politik ist kein Pflaster für Abenteurer und Idealisten. Schon gar nicht sollte man meinen, dass es in einer Demokratie eine Partei „nur für oder durch mich“ gibt. So wie es auch kein Land und keinen Staat „nur für mich“ gibt. Uns SED-Opfer hat die DDR gelehrt, wie Parteien und wie Staaten nicht sein sollten. Im Übrigen ist es so, dass wir inzwischen genug Parteien und irgendwie genug von Parteien haben. Wir brauchen eine Politik die uns allen nützt und an der wir uns alle beteiligen können. Wird es das jemals geben? *Valerie Bosse*

Wir trauern um

Erika Noack

Bodo Stolle

Jakob Weisbrod

Wolfgang Nowack

Helmut Klötzner

Rudolf Röder

Bezirksgruppe Cottbus

Bezirksgruppe Rostock

Bezirksgruppe Prenzlau

Bezirksgruppe Westprignitz

Bezirksgruppe Reichenb.-Vogtl.

Bezirksgruppe Cottbus

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Charmant und immer vorbildlich

*Christine Härtkorn aus
Memmingen wurde 96 Jahre*

Christine Härtkorn ist und bleibt in der VOS der heutigen Tage eine der vorbildlichsten Kameradinnen. Im August 2023 wurde sie 96 Jahre und gehört damit zu den Mitgliedern unseres Verbandes, die die Glanzzeiten, aber auch die schweren Jahre mit erlebt und die Entwicklung geprägt haben. Geboren in Stettin, geriet sie früh in die Mühlen der kommunistischen Sicherheitsdienste und wurde zu 25 Jahren Haft verurteilt. Wie so viele andere, die ihr Schicksal teilten, ging sie später in den Westen und ließ sich in Memmingen nieder.

Trotz des stolzen Alters ist Christine Härtkorn als Vorsitzende der Bezirksgruppe aktiv und arbeitet im Ehrenamt der Kommune.

Bundesvorstand und Redakteur gratulieren nachträglich und freuen sich auf den dreistelligen Geburtstag in wenigen Jahren. **ARK**

Immer im Einsatz für den Verband und die Bezirksgruppe

*Detlef von Dechend aus Düsseldorf
wurde Anfang Januar 2024 80 Jahre*

Detlef von Dechend ist besonders den Kameraden in Nordrhein-Westfalen ein Begriff. Durch ihn wurde vor 20 Jahren das Zeitzeugen-Projekt in diesem Bundesland ins Leben gerufen, das sich im Laufe der Zeit als attraktive Adresse für die weiterführenden Schulen erwies und vielen ehemaligen politischen Häftlingen die Möglichkeit gab, über ihr Lebensschicksal zu reden und vor den Gefahren einer Diktatur zu warnen.

Auf Bundesebene ist Detlef als Kassenprüfer aktiv. Dieses Amt füllt er gewissenhaft und im Sinne der VOS aus. Lieber Detlef, wir wünschen dir und deiner Frau Rotraut noch viele Jahre in unserer Mitte. Für den Verband bist du eine große Bereicherung. **Bundesvorstand, Redakteur**



Lern- und Gedenkort Kaßberg

Am Sonntag, 3. März 2024, 14 Uhr bietet der Lern- und Gedenkort Kaßberg (Chemnitz) eine öffentliche Führung an. Die Teilnahme kostet 6 Euro pro Person inkl. Eintritt, keine Anmeldung notwendig. - Kaßbergstraße 16 c, Chemnitz.

Internet: <https://gedenkort-kassberg.de/>

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin

PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölfmal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin-Wilmersdorf

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Postbankkonto Köln

IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

**Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.**

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de),

eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– einheitlich für alle Mitglieder	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de

Fg-Nummer 857/859 erscheint März / April 2024

Redaktionsschluss der FG 855/856 am 22. Jan. 2024